



Eine von fünf Partnerorganisationen

Die Polizei

Seite 7

Hans-Jürg Käser, Berner alt Regierungsrat,
Übungsleiter SVU 19

**«Die Übungsleitung gibt keine
Befehle, sie schildert die Lage»**

Seite 4

POLIZEI-SPERRZONE POLIZEI-SPERRZONE

Kantonspolizei Basel-Stadt

**Viel mehr als
Verbrecher jagen**

Seite 10

Guisanplatz 1B

Das BABS zieht um

Seite 21

Präsidium von REDOG

**Romaine Kuonen
übergibt das Zepter**

Seite 28

www.bevoelkerungsschutz.ch



4



10



24



26



27

EDITORIAL	3
.....	
PERSÖNLICH	
«Die Übungsleitung gibt keine Befehle, sie schildert die Lage»	4
Seit einem Jahr ist Hans-Jürg Käser Berner alt Regierungsrat. Auf's Altenteil zurückgezogen hat er sich aber nicht. Zurzeit wirkt er insbesondere als Übungsleiter der Sicherheitsverbandsübung SVU 19.	
.....	
DOSSIER: PARTNERORGANISATION POLIZEI	
Dein Freund und Helfer – auch in der Katastrophe	7
Jede und jeder hat ein Bild der Polizei. Geprägt ist dieses meist von der letzten Verkehrskontrolle oder den beliebten Fernsehkrimis. Die Organisation des Polizeiwesens ist aber komplex und die Aufgaben sind breit gefächert.	
.....	
Aus der Einsatzzentrale der Kantonspolizei Basel-Stadt: Viel mehr als Verbrecher jagen	10
In der Einsatzzentrale der Kantonspolizei Basel-Stadt gehen alle Notrufe aus der Bevölkerung ein, und von hier aus wird im Katastrophenfall alarmiert. Kein Arbeitstag ist wie der andere.	
.....	
Technische Hilfsmittel für die Polizeiarbeit: Im Zeichen der Digitalisierung	13
Vorbei sind die Zeiten, in denen Polizisten vor Ort ins schwarze Büchlein schrieben und dann im Büro rapportierten oder in denen sie Personenkontrollen über Funk durchführten. Die Digitalisierung hat auch bei der Polizei längst Einzug gehalten.	
.....	
Die Sicherheitskompanie der Zivilschutzorganisation des Kantons Zug	16
Die Zivilschutzorganisation des Kantons Zug unterstützt die Partnerorganisationen bei Alltagsereignissen, bei Katastrophen und in Notlagen. Dank dieser Unterstützung kann sich die Zuger Polizei auf ihre Hauptaufgaben fokussieren.	
.....	
KOOPERATION	19
.....	
AUS DEM BABS	20
.....	
AUS DEM BUND / AUS DER POLITIK	22
.....	
AUS DEN KANTONEN	23
.....	
AUS DEN VERBÄNDEN	27
.....	
SERVICE	30
.....	
SCHLUSSPUNKT	31
.....	

Titelbild: Die Polizei ist auch bei einer Katastrophe oder in einer Notlage für die Sicherheit und Ordnung zuständig.

Liebe Leserin, lieber Leser

Im Schweizer Bevölkerungsschutz arbeiten die Partnerorganisationen Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, technische Betriebe und Zivilschutz eng zusammen. Dass die Polizei in dieser Aufzählung standardmässig an erster Stelle steht, widerspiegelt durchaus ihre Bedeutung im Verbundsystem Bevölkerungsschutz: Die Kernaufgabe der Polizei, die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung, ist auch und gerade bei der Bewältigung von Katastrophen und Notlagen von zentraler Bedeutung. Dazu kommt, dass die Polizei als polyvalente Einsatzorganisation prädestiniert ist, um im Verhältnis mit den anderen Partnern eine gewisse Koordinations- oder sogar Führungsfunktion zu übernehmen.

Lesen Sie in unserer Reportage aus einer Einsatzzentrale, wie die Polizei tagtäglich, rund um die Uhr den Schutz und die Sicherheit der Bevölkerung gewährleistet (S. 10). Auch bei einer Katastrophe laufen hier die Fäden zusammen: Hier treffen die Informationen vom Schadenplatz ein, von hier aus werden Einsatzkräfte aufgeboden, von hier aus wird auch die Bevölkerung alarmiert und informiert. Der Bevölkerungsschutz basiert wesentlich auf diesen hervorragenden Strukturen und Fähigkeiten der Polizei. Gerne nutze ich denn auch die Gelegenheit und danke allen Angehörigen der Polizei für ihren Einsatz zum Schutz der Schweizer Bevölkerung ganz herzlich.

Zur Erfüllung ihrer ebenso schwierigen wie wichtigen Aufgaben benötigt die Polizei die erforderlichen Mittel. Im Zeichen der rasch voranschreitenden Digitalisierung zählen dazu insbesondere moderne und sichere Kommunikationssysteme. Wie alt Regierungsrat Hans-Jürg Käser im Interview betont (S. 4) und auch mehrere kantonale Polizeifachkräfte in ihrem gemeinsamen Beitrag feststellen (S. 13), nimmt das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) in diesem Bereich eine Schlüsselrolle ein. In der Tat: Moderne, sichere Kommunikationsmittel für alle Partner im Bevölkerungsschutz sind ein zentrales Anliegen des BABS. Dafür werden wir uns auch weiterhin mit aller Kraft einsetzen.

Benno Bühlmann

Direktor Bundesamt für Bevölkerungsschutz
(BABS)



Hans-Jürg Käser, alt Regierungsrat und Übungsleiter SVU 19

«Die Übungsleitung gibt keine Befehle, sie schildert die Lage»

Seit einem Jahr ist Hans-Jürg Käser Berner alt Regierungsrat. Aufs Altenteil zurückgezogen hat er sich aber nicht. Zurzeit wirkt er insbesondere als Übungsleiter der Sicherheitsverbandsübung SVU 19. Die sicherheitspolitische Lage verlange nach solchen grossen Übungen, gibt er sich im Interview überzeugt.

Herr Käser, Sie waren jahrelang Polizeidirektor. Wären Sie als Bub gern Polizist geworden?

Nein, ich wollte, wie viele Buben, Lokomotivführer werden. Die Berner Regierung hat mir zu meinem Abschied eine Führerstandfahrt auf einem Intercityzug geschenkt. Das fand ich grossartig.

Ihre erste berufliche Station lag aber im Schulbereich. Sicherheit war da kein vordringliches Thema?

Nicht direkt. Natürlich hat uns die Sicherheit der Kinder im Schulbetrieb beschäftigt, etwa in den Skilagern. Bereits in meiner ersten politischen Funktion in Langenthal war ich jedoch Mitglied der Polizeikommission. Als nebenamtlicher Gemeinderat war ich dann zwar für das Ressort Kultur und Sport zuständig, der Bezug zur Sicherheit entwickelte sich aber vor allem durch meine Militärlaufbahn.

Als ich schliesslich in die Berner Regierung gewählt wurde und es bei der Departementsverteilung um die Polizei- und Militärdirektion ging, hiess es: Du bist Oberst, das ist doch etwas für dich.

Das klingt nach einer heissen Kartoffel.

Ich habe immer gesagt: In dieser Direktion vereinen sich alle Minenfelder. Die Polizei ist immer zu schnell oder zu langsam, zu hart oder zu weich – passen tut es nie. Dann der Justizvollzug: Als einmal ein Häftling aus einer Neuenburger Anstalt entwich, war ich schuld, weil es sich um einen von Bern Eingewiesenen handelte. Auch die Migration, das Minenfeld par excellence, war mir zugeteilt. Ich habe aber den Eindruck, dass ich die Aufgaben über die zwölf Jahre ganz gut erfüllt habe. Zumindest habe ich nicht persönlich darunter gelitten.

Sie waren auch Bevölkerungsschutz-Direktor.

Ja, auch wenn der Bevölkerungsschutz nur selten im Fokus des öffentlichen Interesses stand, war er für mich ein wichtiger Bereich. In der Regierung haben alle Geschäfte, die bevölkerungsschutzrelevant waren, immer ein gutes Echo gefunden. Schwierig war es teilweise, regionale Zusammenschlüsse über die Bühne zu bringen: Plötzlich tauchten da unglaubliche Befindlichkeiten und Hindernisse auf. Letztlich haben wir es im Gespräch aber eigentlich immer hinbekommen. Darin liegt der Schlüssel: Man muss die Leute zu Beteiligten machen.

Welche Erfahrung haben Sie mit Einsätzen des Bevölkerungsschutzes gemacht?

Ein erstes Unwetterereignis erlebte ich 2006, nur wenige

Hans-Jürg Käser

Am 31. Mai 2018 ist Hans-Jürg Käser nach zwölf Jahren als FDP-Regierungsrat des Kantons Bern in Pension gegangen. Während sechs Jahren hat er auch der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) vorgestanden. Heute wirkt er unter anderem als Übungsleiter der Sicherheitsverbandsübung (SVU 19) und als Präsident der Eidgenössischen Kommission für Telematik im Bereich Rettung und Sicherheit.

Hans-Jürg Käser hat an der Universität Bern Philosophie und Geschichte studiert und war ab 1972 in Langenthal, wo er aufgewachsen ist, Sekundarlehrer und dann Rektor der Sekundarschule und des Untergymnasiums. In Langenthal amtierte er seit 1993 auch als Gemeinderat und von 1995 bis 2006 als vollamtlicher Stadtpräsident. Im Militär war er Oberst und Kommandant eines Infanterieregiments des Bundesrates.

Der 1949 Geborene ist verheiratet und lebt in Langenthal.



«Ich war immer wieder froh zu sehen, wie gut aufgestellt der Bevölkerungsschutz ist. Die meisten Menschen nehmen dies einfach als gegeben hin und befassen sich im Alltag nicht mit Gefahren.»

Monate nach meinem Amtsantritt, im Raum Huttwil. Ich war vor Ort und habe gesehen, wie professionelle Arbeit geleistet wurde. Es gab aber einen Toten zu beklagen. Das hat mich sehr betroffen gemacht.

Ich kann mich auch noch gut an weitere Unwettereinsätze erinnern, und ich war immer wieder froh zu sehen, wie gut aufgestellt der Bevölkerungsschutz ist. Die meisten Menschen nehmen dies einfach als gegeben hin und befassen sich im Alltag nicht mit Gefahren. Tritt ein Ernstfall ein, sind die Betroffenen aber dankbar, dass es diese Organisationen gibt.

Seit einem Jahr sind Sie nicht mehr Regierungsrat. Wie ist das Leben ohne mediale Aufmerksamkeit?

Die zwölf Jahre waren für mich eine sehr spannende Zeit. Wenn ich auf alle meine beruflichen Stationen zurückschaue, kann ich mit Überzeugung sagen: Ich war überall gern! Das sagen zu können, ist ein Privileg. Und jetzt geniesse ich die Freiräume – schon nur, dass ich nicht mehr jeden Morgen um halb sechs aufstehen muss.

Ausserdem habe ich ein paar interessante Mandate angenommen. Ich fühle mich gesund und stark genug für die

se neuen Aufgaben und verfüge auch noch über mein Netzwerk.

Unter anderem sind Sie Übungsleiter SVU 19. Worum geht es da?

In der Übung geht es darum zu überprüfen, wie gut die Schweiz im Hinblick auf eine langandauernde Terrorbedrohung aufgestellt ist. Das haben wir noch nie in dieser Form geübt. Ich persönlich bin davon überzeugt, dass die Frage nicht lautet, ob es einen Terroranschlag in der Schweiz geben kann, sondern wann und wo es ihn geben wird.

«In der Übung geht es darum zu überprüfen, wie gut die Schweiz im Hinblick auf eine langandauernde Terrorbedrohung aufgestellt ist.»

Genügt da eine dreitägige Übung?

Zwischen dem 11. und 13. November 2019 findet eine grosse Stabsrahmenübung statt, die SVU 19 ist aber viel mehr als das: Sie hat schon 2016 begonnen. Wir arbeiten – meines Wissens erstmals in einer solchen Übung – in



«Ich persönlich bin davon überzeugt, dass die Frage nicht lautet, ob es einen Terroranschlag in der Schweiz geben kann, sondern wann und wo es ihn geben wird.»

der Vorbereitung mit ausführlichen Lageberichten. Bisher sind drei von vier Lageberichten erschienen, der letzte Ende März. Die Lageberichte gehen an alle teilnehmenden Organisationen, insbesondere an alle Kantone, d. h. die Kantonspolizei und das kantonale Führungsorgan. Diese analysieren die Lage und fassen vorbehaltene Entschlüsse oder leiten Massnahmen ein.

Wird die Öffentlichkeit von der SVU 19 etwas mitbekommen?

Kaum, geübt wird die Stabsarbeit. Es ist nicht mehr wie zu Zeiten der Gesamtverteidigungsübungen, als etwa das Bundeshaus unter Einsatz von Stacheldraht und Hunden bewacht wurde. Wir werden aber die Kommunikation noch etwas intensivieren.

«Für die Zukunft benötigen wir auch ein sicheres Datenverbundsystem.»

Was werden Sie selbst während der Übung machen?

Ich werde schwergewichtig Beobachter sein. Die Übungsleitung gibt keine Befehle, sie schildert die Lage. Es obliegt den Verantwortungsträgern zu überlegen, was diese Lage für die Organisation bedeutet. Unser Input zu Beginn der Übung muss aber so durchdacht und konzis sein, dass die Stäbe damit arbeiten können. Das ist jetzt für uns die grosse Herausforderung. Erst im Nachgang habe ich dann wieder eine wichtige Aufgabe: wenn es darum geht, einen Schlussbericht zu verfassen. Dieser wird aufzeigen, was noch nicht gut läuft und welche Verbesserungen erforderlich sind.

Spielen die Lehren, die aus der SVU 14 gezogen wurden, in der SVU 19 eine Rolle?

Die Erkenntnisse aus der SVU 14 sind in einem Schlussbericht zusammengefasst. Zahlreiche Stellen bei Bund und Kantonen sind daran, diese Empfehlungen umzusetzen. In der SVU 19 überprüfen wir unter anderem, ob die Massnahmen und Empfehlungen aus der SVU 14 umgesetzt sind. Dazu haben wir mit Toni Frisch, dem damaligen Übungsleiter, engen Kontakt.

Fehlt nicht eine gewisse Kontinuität, wenn die Aufgabe des Übungsleiters jeweils auf Mandatsbasis vergeben wird?

Vor dem Fall der Berliner Mauer war bei den Gesamtverteidigungsübungen selbstverständlich die Armee federführend. Danach haben viele gemeint, der Friede sei «ausgebrochen», und die Kultur der grossen Übungen geriet für längere Zeit in den Hintergrund. Für die SVU 14 musste Toni Frisch erst wieder etwas aufbauen. Jetzt haben wir im VBS ein Team, das auch weitere Übungen organisieren und für Kontinuität sorgen kann.

Eine Forderung aus der SVU 14 lautet: Es braucht sichere Kommunikationssysteme. Wie beurteilen Sie dies als Präsident der Eidgenössischen Kommission für Telematik im Bereich Rettung und Sicherheit?

Mit dem Werterhalt Polycom 2030 ist beim sicheren Sprechfunk der nächste Ausbauschritt im Gange. Mir scheint, dass wir da gut bis sehr gut aufgestellt sind. Der Sprechfunk genügt aber nicht: Für die Zukunft benötigen wir auch ein sicheres Datenverbundsystem. Daran arbeiten wir. Ich bin überzeugt, dass wir die technischen Fragen meistern, und ich habe den Eindruck, dass das BABS mit dem Projekt relativ gut vorangekommen ist. Der Bundesrat hat Ende 2018 eine Botschaft für einen Finanzbeschluss überwiesen. Hier liegt nun die grosse Herausforderung: Das Parlament muss die finanziellen Mittel bewilligen. Das ist vielleicht der Grund, warum der Kommissionspräsident ein Politiker ist. Ich bin zuversichtlich, dass wir auch das Parlament überzeugen können.

Herr Käser, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Interview:

Kurt Münger

Chef Kommunikation BABS

Pascal Aebischer

Redaktionsleiter «Bevölkerungsschutz», BABS

Partnerorganisation Polizei

Dein Freund und Helfer – auch in der Katastrophe

Jede und jeder hat ein Bild der Polizei. Geprägt ist dieses meist von der letzten Verkehrskontrolle oder den beliebten Fernsehkrimis. Die Organisation des Polizeiwesens ist aber komplex und die Aufgaben sind breit gefächert. So zählt die Polizei auch zu den fünf Partnerorganisationen im Bevölkerungsschutz.



Ein Polizist der Kantonspolizei Basel-Stadt beim Verkehrsdienst.



Grundsätzlich liegt die Polizeihochheit bei den Kantonen. Der Polizeiberuf ist seit 2003 eidgenössisch anerkannt.

Der Bevölkerungsschutz baut auf den Einsatzmitteln des Alltags auf, die je nach Ereignis ergänzt und verstärkt werden können. Als Ersteinsatzmittel, das für Sicherheit und Ordnung zuständig ist, spielt die Polizei auch bei der Bewältigung von Katastrophen und Notlagen eine wichtige Rolle. Sie ist oft als Erste auf dem Schadenplatz und kann auch eine gewisse Zeit den Einsatz führen. Wenn dann ein Führungsorgan die Führung und Koordination der Einsätze übernimmt, ist die Polizei daran immer massgeblich beteiligt.

Kantonale Zuständigkeit

Grundsätzlich liegt die Polizeihochheit bei den Kantonen. Sie sind für die öffentliche Sicherheit und Ordnung und für die Strafverfolgung verantwortlich. Die Mehrzahl der Kantone regelt die Aufgaben und die Organisation der Polizei in eigenen Polizeigesetzen. Diese haben viele Gemeinsamkeiten, da bei ihrer Ausgestaltung übergeordnete Rechtsgrundlagen berücksichtigt werden müssen. Im ganzen Land gilt das schweizerische Verfassungsrecht ebenso wie die Europäische Menschenrechtskonvention, und auch die Praxis des Bundesgerichts ist im kantonalen Recht zu beachten.

Als Ersteinsatzmittel, das für Sicherheit und Ordnung zuständig ist, spielt die Polizei auch bei der Bewältigung von Katastrophen und Notlagen eine wichtige Rolle.

Weitgehend frei sind die Kantone bei der Organisation ihrer Polizei – einschliesslich Ausbildung, Bewaffnung, Ausrüstung und Uniformierung. Die Polizeikorps verfügen zwar über unterschiedliche Sondereinheiten, Interventionsgruppen und Spezialorganisationen wie See- oder Flughafenpolizei, sie lassen sich aber (nach fedpol) folgendermassen ordnen:

- Deutschschweizer Kantone gliedern ihre Polizei meist in die drei Bereiche Kriminal-, Sicherheits- und Verkehrspolizei.
- Die Westschweizer Kantone kennen eine Zweiteilung in *Gendarmerie* und *Sûreté*. Die Gendarmerie entspricht der Sicherheitspolizei der deutschen Schweiz; ihr ist in der Regel die Verkehrspolizei angegliedert. Die *Sûreté* entspricht der Kriminalpolizei.
- Der Kanton Tessin teilt die Polizei in geografische Sektoren.
- Im Kanton Basel-Stadt wird die Kriminalpolizei von der Staatsanwaltschaft und die Fahndung vom Polizeikommando geleitet.

Gemeinde- und Stadtpolizei

Einige Kantone haben einen Teil der Aufgaben im Bereich öffentliche Sicherheit und Ordnung an Gemeinden delegiert. Neben den Kantonspolizeien übernehmen deshalb auch Gemeinde- bzw. Stadtpolizeien einen wichtigen Part zur Sicherheit der Bevölkerung.

Die Gemeindepolizei gilt als besonders bürgernah. Sie ist insbesondere in Kantonen entstanden, die geografisch stark zergliedert sind oder deren Gemeinden eine hohe Autonomie geniessen. Aber nicht alle Kantone kennen sie, und teilweise besteht auch die Tendenz, städtische Korps in die Kantonspolizei zu integrieren. Die Polizeikorps der Städte Zürich und Lausanne wiederum wahren nicht nur Sicherheit und Ordnung, sondern übernehmen auch kriminalpolizeiliche Aufgaben.

Vereinheitlichte Ausbildung

Die ca. 300 Stadt- und Gemeindepolizeien in der Schweiz basieren auf unterschiedlichen Regelwerken. Rund hundert sind in der Schweizerischen Vereinigung städtischer Polizeichefs (SVSP) zusammengeschlossen. Die Polizeikorps von Kantonen und Gemeinden zählen gemäss Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD, Stand 1.1.2017) 18 500 vereidigte Polizistinnen und Polizisten.

Der Polizeiberuf ist seit 2003 eidgenössisch anerkannt. Die Ausbildung soll nach einer einheitlichen Doktrin erfolgen. Gestützt auf ein Gesamtkonzept wurden anstelle der kantonalen Polizeischulen vier regionale Ausbildungszentren aufgebaut. Sie bestehen neben dem Schweizerischen Polizeiinstitut (SPI) in Neuenburg, das bereits 1946 als Stiftung gegründet wurde. Das SPI nimmt sich insbesondere der Ausbildung von Kadern und von Spezialistinnen und Spezialisten an und zielt auf eine Harmonisierung, auf eine *Unité de doctrine* ab.

Regionale Polizeikonkordate

Die Ausbildung ist nur eine Domäne, in der die Kantone kooperieren. Weil Kriminalität und andere Herausforderungen im Sicherheitsbereich an der Kantongrenze nicht

enden, ist die Zusammenarbeit zwischen den Polizeibehörden sehr wichtig. Politisch wird die Zusammenarbeit von der KKJPD wahrgenommen, operativ von der Konferenz der Kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz (KKPKS). Auf der Ebene der Städte und Gemeinden sind es die Konferenz der Städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren (KSSD) und die SVSP.

Seit Jahren arbeiten die Kantone im Rahmen regionaler Polizeikonkordate zusammen. Wenn ein Kanton ein Ereignis zu bewältigen hat, das die eigenen Kapazitäten übersteigt, können die Partnerkantone aus dem Konkordat Unterstützung bieten. Reichen aber auch die Mittel der Nachbarkantone und der weiteren Kantone des eigenen Konkordats nicht aus, kann der betroffene Kanton Polizeikräfte aus anderen Konkordaten anfordern. Dazu haben die Kantone 2006 die Vereinbarung über die interkantonalen Polizeieinsätze (IKAPOL) abgeschlossen.

Ein weiteres Feld der Zusammenarbeit ist die Technik: Zurzeit führen die Kantone zusammen mit dem Bund ein Programm zur Harmonisierung der Polizeiinformatik (HPI). Neue polizeiliche Fachanwendungen sollen gemeinsam realisiert und bestehende schrittweise harmonisiert werden (siehe auch S. 13).

Zusammenarbeit Bund und Kantone

In der globalisierten Welt wird die Kriminalität immer komplexer, kriminelle Aktionen betreffen oft mehrere Kantone und weisen Bezüge zum Ausland auf. Deshalb sind im Bundesamt für Polizei (fedpol) Koordinationsstellen angesiedelt, die gewisse grenzüberschreitende Polizeiaufgaben koordinieren. Dazu gehören etwa die Bekämpfung der Internetkriminalität (Stichwort KOBIK) und des Menschenhandels und -schmuggels (KSMM).

Auf nationaler Ebene bestehen nur für bestimmte Aufgaben polizeiliche Korps und Institutionen, da die Polizeihohheit grundsätzlich bei den Kantonen liegt. fedpol hat die Funktion des allgemeinen Polizeiamtes des Bundes, ist einheitliche Ansprechstelle für die Polizeikorps des In- und Auslandes und erfüllt kriminal-, sicherheits-, verwaltungspolizeiliche und unterstützende polizeiliche Aufgaben. Im kriminalpolizeilichen Bereich ist der Bund für die Verfolgung bestimmter Straftatbestände zuständig. Dazu gehören das organisierte Verbrechen, die Terrorismusfinanzierung und komplexe Fälle im Bereich der Wirtschaftskriminalität. Die Bundeskriminalpolizei von fedpol amtiert dabei als Gerichtspolizei des Bundes unter Leitung der Bundesanwaltschaft.

Zu fedpol gehört auch der Bundessicherheitsdienst (BSD), der für den Schutz von Personen und Gebäuden des Bundes zuständig ist (sicherheitspolizeiliche Aufgabe). Verschiedene Dienststellen – etwa für Massnahmen gegen Gewaltpropaganda und Gewalt bei Sportveranstaltungen – nehmen verwaltungspolizeiliche Aufgaben wahr. Und die Polizeiunterstützung wird insbesondere mit

Informationssystemen geleistet, die fedpol zugunsten der Strafverfolgungsorgane der Kantone und des Bundes betreibt.

Armee und Grenzwachtkorps

Neben fedpol nimmt auf Stufe Bund auch die Armee bestimmte polizeiliche Aufgaben wahr. Dies sowohl im Bereich Sicherheitspolizei (Schutz von Personen und militärischen Einrichtungen) als auch im Bereich Gerichtspolizei (Militärjustiz). Die Armee unterstützt zudem die zivilen Behörden subsidiär bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung ausserordentlicher Situationen oder Anlässe (Beispiel World Economic Forum WEF).

Das Grenzwachtkorps (GWK), das zur Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) gehört, ist ebenfalls ein bewaffneter, uniformierter Verband. Es erfüllt Zoll-, sicherheitspolizeiliche und Migrationsaufgaben und ist das grösste nationale, zivile Sicherheitsorgan der Schweiz.

Auf nationaler Ebene bestehen nur für bestimmte Aufgaben polizeiliche Korps und Institutionen, da die Polizeihohheit grundsätzlich bei den Kantonen liegt.

Zivilschutz zur Unterstützung

Die Polizei ist auch bei Katastrophen und in Notlagen für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung zuständig. Zu ihrer Unterstützung und Entlastung kann – im Sinne des Verbundsystems – der Zivilschutz herangezogen werden. In manchen Kantonen bestehen dazu eigene Zivilschutzformationen, die helfen, Belastungsspitzen und Langzeiteinsätze zu überbrücken. Dabei übernimmt der Zivilschutz Aufgaben wie Verkehrsdienst, Zutrittskontrollen und Geländedurchsuchungen. Ziel ist es, dass sich die Polizei auf ihre Hauptaufgaben konzentrieren kann.

Pascal Aebischer

Redaktionsleiter «Bevölkerungsschutz», BABS

Quellen und weiterführende Links:

www.fedpol.admin.ch -> Polizeizusammenarbeit
www.babs.admin.ch -> Verbundsystem -> Polizei
www.kkjpd.ch
www.institut-police.ch

Aus der Einsatzzentrale der Kantonspolizei Basel-Stadt

Viel mehr als Verbrecher jagen

In der Einsatzzentrale der Kantonspolizei Basel-Stadt gehen alle Notrufe aus der Bevölkerung ein, und von hier aus wird im Katastrophenfall alarmiert. Für die Beamtinnen und Beamten heisst dies: Die Arbeitsbelastung ist hoch und kein Arbeitstag ist wie der andere.

«Notruf Basel», meldet sich die Einsatzbeamtin. Ein Headset über dem Kopf steht sie am Pult und blickt auf einen Monitor, auf dem eine Telefonnummer erscheint. Links von ihr arbeitet ein Dienstkollege genauso konzentriert. Er sitzt auf einem ergonomischen Sessel und nimmt den nächsten Anruf entgegen.

Fast eine Viertelmillion Meldungen gehen in der Einsatzzentrale der Kantonspolizei Basel-Stadt jährlich ein. Im Durchschnitt alle 80 Sekunden ertönt ein Signal im Raum 3.01, im dritten Stock des Spiegelhofs, in dem das Justiz- und Sicherheitsdepartement residiert. Banküberfälle, Einbrüche oder Messerstechereien sind nur einige der Gründe, warum in der Basler Einsatzzentrale unweit des Marktplatzes bisweilen die Drähte glühen.

Der Stadtkanton am Rhein rangiert seit Jahren an erster Stelle in der Kriminalstatistik der Schweiz. Bei Gewaltdelikten, Einbrüchen und Diebstahl liegt die Verbrechensrate mindestens doppelt so hoch wie in den Kantonen Zürich oder Bern. Und selbst wenn nur Städte verglichen werden, liegt Basel vorne. Vor wenigen Wochen konnte die Staatsanwaltschaft immerhin vermelden: «Im langjährigen Vergleich sind die Zahlen leicht sinkend.» Zudem sei die Aufklärungsquote besser geworden.

Fast eine Viertelmillion Meldungen gehen hier jährlich ein.

«Worum geht es genau? Warum rufen Sie die Polizei?», fragt die Einsatzbeamtin am Stehpult ihr unsichtbares Gegenüber. Um so schnell wie möglich Hilfe anzubieten oder mögliche Verbrecher einzufangen, ist sie dringend auf weitere Informationen angewiesen. Eigentlich braucht sie dafür nur kurze Antworten auf die wichtigsten W-Fragen: Wer? Was? Wann? Wo? Wie viele? Womit? Aber natürlich ist nicht jede und jeder Anrufende ebenso ruhig wie die Mitarbeitenden der Notrufzentrale. An diesem Frühlingstag – und den beiden folgenden –

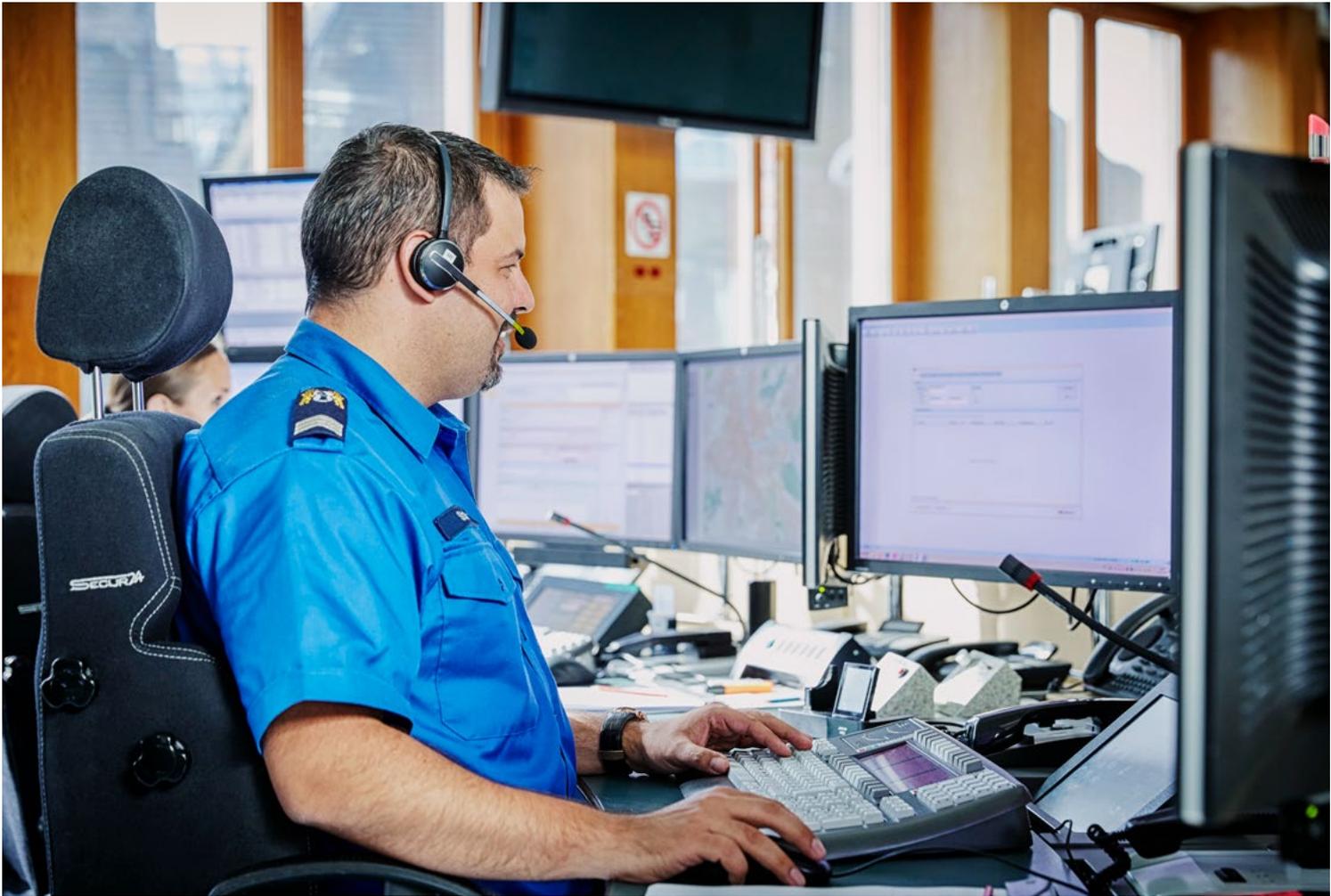
teilen sie sich zu fünft die Morgenschicht. 365 Tage mal 24 Stunden ist die Einsatzzentrale der Basler Polizei erreichbar, um die Blaulichtorganisationen im Halbkanton anzubieten. Ausser den Betriebszeiten und der personellen Organisation ist jedoch fast nichts Routine. Einen typischen Ablauf gibt es nicht. «Keine Schicht ist wie die andere», sagt Richard Altermatt, Leiter der Einsatzzentrale, dem Journalisten.

Nicht alle Anrufe sind Notfälle

Seine Kollegin und die drei Kollegen, die an diesem Vormittag Dienst haben und eben noch in ihre Bildschirme und Telefone vertieft waren, führen nun ein gemeinsames Gespräch. Man würde sich in einem modernen Grossraumbüro wähnen, wären die Anwesenden nicht uniformiert.

Manchmal bleibt die Stimmung selbst bei einem plötzlichen Alarm locker. «Nur einer von sieben Anrufen löst überhaupt einen Polizeieinsatz aus», erklärt Altermatt, der seit über 30 Jahren für die Kantonspolizei Basel-Stadt im Einsatz steht und den Rang eines Hauptfeldweibels trägt. Er selbst hat erst vor wenigen Tagen einen Einsatz wegen entlaufener Küken koordiniert. Die von ihm aufgebotene Feuerwehr hat die Kleintiere eingefangen und zurückgebracht. Es kommt auch vor, dass ein Anrufer zwar die Notrufnummer kennt, aber nicht diejenige, um sich ein Taxi zu bestellen. Die Polizei ist Freund und Helfer; «aber nicht jeder Bürger versteht darunter dasselbe», kommentiert der Leiter der Basler Einsatzzentrale schmunzelnd. Doch das ändert nichts daran, dass jeder Anruf ernst genommen wird.

Für fast zwei Minuten bleibt es ruhig. An manchen Tagen finde man jedoch kaum Zeit für einen einzigen Kaffee, sagt Richard Altermatt und ergänzt, dass man in diesem Beruf auf vieles gefasst und belastbar sein muss. Tagsüber sind Dienstzeiten von jeweils nur sechs Stunden zumutbar, nachts dauert eine Schicht dagegen zwölf Stunden.



Fast eine Viertelmillion Meldungen gehen in der Einsatzzentrale der Kantonspolizei Basel-Stadt jährlich ein.

Jede Sekunde zählt

Und schon beginnt es wieder zu piepsen: Je nach Art des Notrufs – ob jemand die Nummern 117 oder 112 wählt oder eine Bankfiliale den Alarm auslöst – ertönen verschiedene Signale. Auswendig kennen muss man diese aber nicht; viele Zusatzinformationen wie Telefonnummer oder Standort der oder des Anrufenden erscheinen sofort auf dem Computerbildschirm. Daher können sich die Mitarbeitenden aufs Wesentliche konzentrieren und sich ein möglichst präzises Bild verschaffen.

«Wir müssen entscheiden, welcher Einsatz erforderlich ist, und wägen auch ab, wie gefährlich es für die aufgebotene Polizeipatrouille vor Ort werden kann», sagt der Leiter der Notrufzentrale. Sobald es klingelt, zählt jede Sekunde: Es kann darum gehen, Menschenleben zu retten oder einen Verbrecher zu fassen.

In Basel ist Tempoteufel noch aus einem Zusatzgrund angesagt: Der Stadtkanton grenzt an Frankreich und Deutschland. In wenigen Minuten ist ein geschickter Einbrecher über alle Berge, spricht: über die Grenze, und deshalb für die Schweizer Polizei kaum mehr greifbar. «Wir sind mit den deutschen und französischen Kolleginnen und Kollegen aber im ständigen Kontakt und haben in

spontaner Absprache auch schon Einsätze auf deren Staatsgebiet durchgeführt», so Altermatt.

Nicht nur die Staatsgrenzen erschweren der Basler Polizei, für Sicherheit zu sorgen, auch lokale Eigenheiten führen zu ungemütlichen Situationen. So sind die Fussballspiele des FC Basel für Fans oft ein Fest, für die Polizei, die ausserhalb des Stadions St. Jakob für Ruhe und Ordnung sorgt, aber ebenso häufig ein Ärgernis. Ausschreitungen

«Wir müssen entscheiden, welcher Einsatz erforderlich ist, und wägen ab, wie gefährlich es für die aufgebotene Polizeipatrouille werden kann.»

Richard Altermatt, Leiter der Einsatzzentrale der KaPo Basel-Stadt

oder Vandalismus zu verhindern respektive friedliche Zuschauende zu schützen, bindet selbst in der Einsatzzentrale viele Ressourcen. Die Präsenz der chemischen Industrie kennt ebenfalls zwei Seiten: Dank ihr geht es Basel wirtschaftlich gut, mit ihr sind aber auch Unfallrisiken verbunden. Weitere kaum beeinflussbare Gefahren



Die Einsatzzentrale und die KKO-Geschäftsstelle sind im selben Gebäude zuhause, die Kommunikationswege für die Vorbereitung oder im Ernstfall deshalb kurz.

kommen dazu: Basel ist ein Ort mit hohem Erdbebenrisiko. Unmittelbar betroffen wären die knapp 300 000 Bewohnerinnen und Bewohner zudem, wenn, bei einem Unfall, eines der fünf Kernkraftwerke im Umkreis von rund 50 Kilometern radioaktive Strahlung verursacht.

Dreh- und Angelpunkt für die Alarmierung

Den meistens hektischen Alltag der Basler Notrufzentrale bestimmen Verbrechen, wie man sie aus der Kriminalstatistik oder einem Fernsehkrimi kennt. Dieselbe Stelle ist aber auch Dreh- und Angelpunkt bei grösseren Ereignissen, wenn nach einem Chemieunfall, einem KKW-Gau oder auch bei Hochwasser am Rhein die Bevölkerung zu alarmieren ist.

«In diesen Fällen fühlen wir uns verantwortlich für einen Grossraum, in dem 800 000 Personen leben, arbeiten oder verkehren», ergänzt Richard Altermatt. Bei solchen Grosseignissen arbeitet die Polizei eng mit der Kantonalen Krisenorganisation KKO zusammen. Die Einsatzzentrale und die KKO-Geschäftsstelle sind im selben Gebäude zuhause, die Kommunikationswege für die Vorbereitung oder im Ernstfall deshalb kurz. «Wir kennen uns gut und tauschen uns auch im Alltag regelmässig aus», bestätigt KKO-Geschäftsleiterin Christine Tobler.

Der Sitzungsraum, in dem sich der Krisenstab bei Bedarf einrichten kann, grenzt an die Notrufzentrale. In Kürze zieht die Polizei in einen Neubau direkt neben dem jetzigen Standort; darin sollen die räumlichen und kommunikationstechnischen Anforderungen noch besser aufeinander abgestimmt werden. Der Kommandoraum wird etwa einen wandfüllenden Bildschirm erhalten, worauf das Kantonsgebiet und die Einsatzorte in Echtzeit erkennbar sind.

Warnung vor einem Verkehrschaos

Ein Gemeinschaftsprojekt zwischen der Polizei und dem KKO ist auch Alertswiss. Richard Altermatt war Mitglied der nationalen Arbeitsgruppe, die die Einführung dieses App- und Website-Alarmierungsdienstes vorbereitet hat. Gemeinsam mit Christine Tobler sprach er danach ab, wie die Kantonspolizei das neue Tool, den neuen Kanal am besten einsetzen soll. Genutzt haben Altermatts Mitarbeitende Alertswiss bereits zweimal. Beide Male ging es nicht darum, Leib und Leben der Bevölkerung zu schützen, sondern ein lokales Verkehrschaos zu verhindern. Alarmiert wurde etwa, weil ein Baukran auf die Stadtautobahn zu fallen drohte und die internationale Verkehrsachse gesperrt werden musste. Alle Alertswiss-Nutzenden erhielten den Hinweis, die Stadt grossräumig zu umfahren.

Für das Personal in der Notrufzentrale bedeutet die Bedienung von Alertswiss eine zusätzliche Anforderung im heiklen Alltagsbetrieb. Umso wichtiger ist, dass sich auch hier die Automatismen einspielen und die Computerclicks schnell und korrekt von der Hand gehen. Katastrophen kommen glücklicherweise selten vor; was sonst über Alertswiss kommuniziert werden soll, gilt es nun «in einer Probephase zu prüfen», sagt Christine Tobler. Und Richard Altermatt ergänzt: «Das Instrument finde ich nützlich. Ich bin dafür besorgt, dass es richtig eingesetzt wird.»

Paul Knüsel

Wissenschaftsjournalist

Technische Hilfsmittel für die Polizeiarbeit

Im Zeichen der Digitalisierung

Vorbei sind die Zeiten, in denen Polizisten vor Ort ins schwarze Büchlein schrieben und dann im Büro rapportierten oder in denen sie Personenkontrollen über Funk durchführten. Die Digitalisierung hat auch bei der Polizei längst Einzug gehalten und die Arbeitswelt der Polizei stark verändert.



Neue Arbeitsmittel machen es möglich: Polizisten können ihre Rapporte gleich vor Ort verfassen und müssen dazu nicht mehr ins Büro fahren.

Der Leiter der örtlichen Filiale der «Landbank» geht, wie jeden Morgen, zum Personaleingang und öffnet die Tür. Plötzlich wird er von zwei maskierten Personen in die Bank gestossen. Während einer der Männer den Filialleiter mit einer Waffe bedroht, fordert der andere ihn auf, den Tresor zu öffnen. Er weist die Männer darauf hin, dass er den Tresor nicht öffnen kann, da dieser durch eine Zeitschaltuhr gesperrt ist. Die Täter sind ob dieser Aussage sichtlich irritiert und beginnen sich lautstark zu unterhalten. Dem Filialleiter gelingt es, den lautlosen Überfallalarm auszulösen.

Die meisten Bürgerinnen und Bürger kennen Polizeieinsatz in solchen Situationen höchstens aus – nicht immer wirklich realistisch verlaufenden – Krimis. Kommt es zu einem Einsatz, sind alle froh, wenn er reibungslos, schnell und effizient abläuft. Dazu werden entsprechende Hilfs-

mittel und eine zuverlässige Kommunikation benötigt – nicht nur in Form von Sprache, sondern auch von Datenübertragung. Nur so kann die Polizei die berechtigten Erwartungen der Bevölkerung erfüllen.

Mobile Polizeiarbeit

Die sogenannte mobile Polizeiarbeit wird effizient vor Ort ausgeführt. Dabei können heute selbst mehrere Fälle parallel elektronisch bearbeitet werden. Um dies zu gewährleisten, sind modernste technische Hilfsmittel unverzichtbar. Diese müssen den erhöhten Anforderungen in Bezug auf Sicherheit, Datenschutz und Verfügbarkeit genügen – insbesondere im Bereich der Datenübermittlung eine Herausforderung.

Eine grosse Umstellung brachte die *mobile Rapportierung*. Heute kann die Polizei direkt vor Ort mobil rapportieren, und die Informationen sind für alle Mitarbeitenden sofort einsehbar. Durch die Möglichkeit der digitalen Unterschrift können Dokumente rechtskräftig unterzeichnet und versendet werden. So entfallen etwa für die Beschuldigten der Gang auf den Polizeiposten und für die Polizei das Ausdrucken und spätere Einscannen der Unterlagen. Die Polizistin bzw. der Polizist kann *Personenkontrollen* ebenfalls direkt vor Ort autonom durchführen. Galt es früher, die Personalien für eine Abklärung per Funk der Einsatzzentrale zu übermitteln, erfolgt heute die Abfrage direkt auf einem Tablet oder Smartphone, wobei alle relevanten Informationssysteme zugänglich sind. Zudem können die Ausweise oder Kontrollschilder für die Personenkontrollen mit der integrierten Kamera gescannt und ebenfalls automatisiert abgefragt werden. Personenkontrollen werden dadurch effizienter ausgeführt – was kritische Situationen entschärfen kann.

Die Polizisten haben auch Zugriff auf die *Vorgangsbearbeitung* (Rapportierung, Journal und Geschäftskontrolle) und können aktuelle Fälle mobil einsehen. Dies stellt sicher, dass die wichtigen Informationen allen rechtzeitig zur Verfügung stehen.

Mobile Einsatzführung

Dank der mobilen *Einsatzführung* können die Einsatzkräfte über die Lage vor Ort direkt informiert und geführt werden. Die Einsatzdisponenten verfügen über alle Positionsdaten der Einsatzkräfte und können die Einsätze effizient einteilen. Dass alle relevanten Daten sofort mobil zugänglich sind, verbessert auch die Führung der Einsätze vor Ort und kommt auch in den mobilen Einsatzzentralen (MEZ) zum Tragen. Diese fährt die Polizei dann auf, wenn der Einsatz länger dauert oder die «Lage zu gross» wird – sprich die Komplexität des Einsatzes mehr Mittel benötigt.

Nebst den polizeispezifischen Applikationen müssen die normalen Büroapplikationen wie E-Mail, Datenablagen oder das Intranet mobil zugänglich sein. Dies gewährleis-



Für die Führung bei Grossereignissen oder Sonderlagen verfügt die Polizei über mobile Einsatzzentralen (MEZ). Im Bild das neue Fahrzeug der Kantonspolizei Zürich.



Eine mobile Einsatzzentrale (MEZ) der Kantonspolizei Bern.

tet jederzeit den Zugriff auf die aktuellen Einsatzdokumente, Checklisten, Gesetzestexte oder Dienstvorschriften. Im Weiteren werden spezifische Applikationen wie «WhatsApp für Polizei» für die gesicherte und verschlüsselte Kommunikation zwischen den Polizeikörpern verwendet.

Für die klassische Sprachkommunikation – auch mit den anderen Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit (BORS) – steht nach wie vor das nationale Sicherheitsfunknetz Polycom zur Verfügung. Die Sprachkommunikation ist immer noch hoch einsatzrelevant: «Einer spricht, alle hören mit.» Polycom bildet als völlig unabhängiges und hochverfügbares System das zentrale Rückgrat der Einsatzkommunikation der BORS.

Herausforderung sichere mobile Kommunikation

Es ist davon auszugehen, dass die mobile Datenkommunikation in Zukunft einen noch grösseren Stellenwert einnehmen wird. Applikationen und Dienste in den Bereichen Video, Sprachkommunikation, «Augmented Reality», automatisierte Fahrzeuge, Drohnen und insbesondere auch viele neue Sensoren werden Einzug halten und den Bedarf an einer sicheren und zuverlässigen Datenkommunikation noch verstärken.

Die Bereitstellung der verschiedenen Applikationen und Dienste erfolgte bisher mehrheitlich über einige grössere kantonale Polizeikörper. Die Polizeikörper der Schweiz und die mit Polizeiaufgaben betrauten Bundesstellen unterhalten nun ein Kompetenzzentrum Polizeitechnik und -informatik (PTI), um Polizei-Systeme und -Applikationen schrittweise schweizweit zu harmonisieren. Es wird darauf hingearbeitet, dass über PTI immer mehr Applikationen gemeinsam erstellt werden. So können einheitliche Standards definiert und für die föderalistisch organisierte Polizei kostengünstigere Applikationen und Dienste zur Verfügung gestellt werden.

Damit die Verfügbarkeit all dieser mobilen Applikationen sichergestellt ist, benötigt es eine sichere Datenkommunikation zwischen den mobilen Endgeräten und den entsprechenden Rechenzentren. Ausser dem Funknetz Polycom bestehen heute keine gesicherten Netze, die die Anforderungen der BORS erfüllen. Die Herausforderungen mit den heute verwendeten kommerziellen Netzen der zivilen Mobilfunkbetreiber bestehen in den Bereichen Abdeckung, Bandbreite und Überlastsituationen. Auch fehlt die Härting im Bereich der Stromversorgung oder bei den Transportnetzen zwischen den Basisstationen und den Zentralen der Provider und weiter in die Rechenzentren der Polizei. Daneben bestehen Risiken bei technischen Störungen oder Cyberangriffen auf einen Provider.

Zwei Schlüsselprojekte

Abhilfe wird das Projekt *MSK* (Mobile breitbandige Sicherheitskommunikation) schaffen, das vom Bundesamt

für Bevölkerungsschutz (BABS) initiiert wurde. Mit *MSK* sollen die heute bestehenden Herausforderungen zusammen mit den zivilen Providern gelöst werden. Angestrebt wird ein hybrider Ansatz, bei dem eigene Basisstationen, aber auch massgeblich die bestehenden Mobilfunknetze der Provider eingesetzt werden. So soll auf effiziente und wirtschaftliche Art ein sicheres nationales mobiles Datennetz geschaffen werden, das den Anforderungen der Polizei und der weiteren BORS gerecht wird.

Die Einsatzdisponenten verfügen über alle Positionsdaten der Einsatzkräfte und können die Einsätze effizient einteilen.

Damit das mobile Netz funktionieren kann, braucht es eine hochverfügbare Anbindung. Dies ist das Sichere Datenverbundnetz (SDVN), das ebenfalls das BABS realisieren soll. SDVN bildet die Grundlage für den notwendigen sicheren Datentransport zwischen Kantonen, Bund und Betreibern kritischer Infrastrukturen.

Die Projekte *MSK* und *SDVN* sind unverzichtbar, um auf lange Sicht die Anforderungen an eine sichere Kommunikation erfüllen zu können. Diese Anforderungen werden nicht nur innerhalb der Polizei, sondern zusammen mit allen BORS, dem Bund und den Betreibern kritischer Infrastrukturen abgesprochen. Nur gemeinsam kann eine schweizweite Lösung geschaffen werden. Dies hat schon Polycom gezeigt.

Es ist davon auszugehen, dass die mobile Datenkommunikation in Zukunft einen noch grösseren Stellenwert einnehmen wird.

Polycom ist heute ein Erfolg! Dank dem Sicherheitsfunk können die Einsatzkräfte sicher und gezielt untereinander kommunizieren. So auch beim Überfall-Szenario: Die Polizisten, die als Erste bei der «Landbank» eintreffen, tauschen sich mit anderen aus, die noch auf dem Weg sind. Aber auch die beteiligten Einsatzzentralen können mithören und koordinieren die benötigten Mittel. So können die überraschten Einbrecher schliesslich verhaftet werden.

Andreas Beeler

Ressortleiter Telekommunikation Bund/Kantone, Polizeitechnik & -informatik (PTI)

Oliver Graf

Dienstchef IT-Entwicklung/Infrastruktur, Kantonspolizei Zürich

Christian Spühler

Fachbereichsleiter, P+E Führungsunterstützung, Kantonspolizei Bern

Die Sicherheitskompanie der Zivilschutzorganisation des Kantons Zug

Unterstützung für die Polizei

Die Zivilschutzorganisation des Kantons Zug unterstützt die Partnerorganisationen bei Alltagsereignissen, bei Katastrophen und in Notlagen. Zu den Aufgaben, die die Sicherheitskompanie des Zivilschutzes für die Zuger Polizei übernimmt, gehören insbesondere Verkehrsdienst, Absperrungen, Zutrittskontrollen, Geländeüberwachungen oder -durchsuchungen. Dank dieser Unterstützung kann sich die Polizei auf ihre Hauptaufgaben fokussieren.

Im Kanton Zug unterstützt der Zivilschutz die Polizei bereits seit Ende der neunziger Jahre. «Die zivilen Polizeidienste und die Gemeinden stossen in einem Katastrophenfall oder bei Mehrfachereignissen nach kurzer Zeit an die Grenze ihrer personellen Ressourcen. Die Polizeimittel müssen zur Bewältigung des Ereignisses konzentriert werden. Somit entsteht in den Zuger Gemeinden ein Vakuum im Bereich der allgemeinen Sicherheit.» Diese Feststellung ist einem zwanzigjährigen Reglement zu entnehmen, das auch gleich die (Zivilschutz-)Lösung aufzeigt: «Die Lücke soll durch die Sicherheits-Formation (SF) geschlossen werden.»

Damit die Sicherheitskompanie all diese Aufgaben erfüllen kann, verfügt sie über einen Sollbestand von hundert Zivilschutzangehörigen.

Gestützt auf zwei Regierungsratsbeschlüsse trat das Reglement für das Aufgebot und den Einsatz des Zivilschutzes zur Unterstützung der Polizei am 1. Oktober 1999 in Kraft. Es definierte die Gliederung, die Einteilung und Funktionen, die Ausbildung, die Einsatz- und Aufgebotsmöglichkeiten sowie die Ausrüstung der Zivilschutzformation. Seit dem Jahr 2010 sind die Aufgaben des Zivilschutzes kantonale im Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz geregelt.

Definiertes Aufgabenspektrum

Heute heisst die Formation Sicherheitskompanie, Sinn und Zweck sind gleichgeblieben. Die kantonale Verordnung zum Einführungsgesetz betreffend Zivilschutz listet die Aufgaben auf, bei denen die Sicherheitskompanie die

Zuger Polizei unterstützen kann: Die Sicherheitskompanie

- überwacht Geländerräume und Objekte,
- unterstützt den Verkehrsdienst und regelt den Verkehr,
- unterstützt Evakuierungen,
- macht Zutrittskontrollen und übernimmt Lotsendienste,
- hilft mit bei Gelände- und Objektdurchsuchungen,
- unterstützt die Nachrichtenbeschaffung,
- erstellt Absperrungen.

Darüber hinaus unterstützt die Sicherheitskompanie den Kulturgüterschutz. Damit die Sicherheitskompanie all diese Aufgaben erfüllen kann, verfügt sie über einen Sollbestand von hundert Zivilschutzangehörigen. Gegliedert ist die Kompanie in eine Kommandogruppe mit sieben Zivilschutzangehörigen und drei Züge mit je 31 Zivilschutzangehörigen.

Ausbildung zum Sicherheitsspezialisten

Um in die Sicherheitskompanie aufgenommen zu werden, ist die Zusatzausbildung zum Sicherheitsspezialisten zu absolvieren. Voraussetzung dazu ist, dass ein Schutzdienstpflichtiger eine der sechs Grundausbildungen (Pionier, Betreuer, Stabsassistenten, Koch, Anlage- bzw. Materialwart) abgeschlossen hat. Die Zusatzausbildung findet jedes Jahr statt und erstreckt sich über insgesamt fünf Ausbildungstage. Geschult werden dabei insbesondere:

- Einführung in die Aufgaben des Sicherheitsspezialisten,
- Anhänger- und Materialkenntnisse,
- Konfliktmanagement,
- Härten des Polizeihauptgebäudes/«Peripherieschutz»,



Der Zivilschutz ist in der Lage, bei der Suche nach Vermissten eigenständig einen Sektor zu übernehmen. Die Polizei hätte auch nicht die personellen Ressourcen für solche Suchaktionen

- Absperrung/Zutrittskontrolle,
- Überwachung/Erfassen des Signalements,
- Verkehrslenkung,
- Notsignalisation/Wegweisung mittels Jalonierung,
- Erweiterte Ausbildung im Bereich Kartenkunde/ Krokieren/Signaturen,
- Erweiterte Ausbildung mit dem Funksystem Polycom,
- Geländedurchsuchung,
- Umgang mit Kulturgütern.

Instruktoren der Zuger Polizei unterstützen die Zivilschutzorganisation bei der Ausbildung der Sicherheitsspezialisten massgeblich. In einer Nachtübung stehen die Arbeiten unter erschwerten Bedingungen und der Dienstbetrieb in einer Schutzanlage auf dem Programm.

Ausbildung für Gruppenführer und Zugführer

Parallel zur Zusatzausbildung findet alle zwei Jahre ein Kaderkurs «Gruppenführer Sicherheitsspezialisten» statt. Die angehenden Gruppenführer (Unteroffiziere) können ihre vorbereiteten Lektionen – unter der Beobachtung des Zivilschutzinstructors – innerhalb der Zusatzausbildung abhalten und so wertvolle Erfahrung in Führung und im Halten von Schulungslektionen sammeln. Zur Ausbildung zum Zugführer (Offizier) gehören die entspre-

chenden Kurse des Bundesamts für Bevölkerungsschutz (BABS) im Eidgenössischen Ausbildungszentrum in Schwarzenburg (EAZS).

Die Kader der Sicherheitskompanie können an regelmäßigen Ausbildungen des Feuerwehrenspektorats des Kantons Zug teilnehmen. Beispielsweise finden die Schulungen im Bereich des Verkehrsdienstes gemeinsam mit Angehörigen der Stützpunktfeuerwehr und der Ortsfeuerwehren des Kantons Zug statt.

Unterstützung im Kulturgüterschutz

In Zusammenarbeit mit dem Amt für Denkmalpflege und Archäologie des Kantons Zug werden die angehenden Sicherheitsspezialisten im Fachbereich Kulturgüterschutz geschult. Die Sicherheitsspezialisten sind primär dafür

In den vergangenen Jahren konnte sich die Sicherheitskompanie bei diversen Einsätzen beweisen.

verantwortlich, die Kulturgüter von der sogenannten Übergabestelle in die Sammelstelle Kulturgüter zu transportieren. Anschliessend werden die Kulturgüter in der Sammelstelle Kulturgüterschutz, unter der Anleitung des Kulturgüterverantwortlichen, erfasst und, falls nötig, weiter in ein definiertes Notdepot transportiert.



Alle Sicherheitsspezialisten im Kanton Zug erhalten zusätzliche Ausrüstungsgegenstände für die Verkehrslenkung.

«Eine enorme Entlastung»

Der Sicherheitskompanie des Zivilschutzes hat die Polizei bei der Suche von Vermissten schon mehrfach unterstützt. Der Zivilschutz sei in der Lage, auch Einsätze in unwegsamem Gelände zu leisten und eigenständig einen Sektor zu übernehmen, sagt Philipp Suter, Dienstchef der Einsatzleitzentrale der Zuger Polizei. «Das bringt eine enorme Entlastung.» Die Polizei habe im Übrigen gar nicht das Personal für solche Aufgaben.

Auch bei grösseren Verkehrskontrollen könne die Polizei auf den Zivilschutz zurückgreifen, ergänzt Philipp Suter. Der Zivilschutz rücke mit Beleuchtungsmaterial an und Sorge für die Beleuchtung der Kontrollstelle.

Die Grenzen eines Zivilschutzeinsatzes sieht Philipp Suter dort, wo die Situation als gefährlich eingestuft wird, etwa «wenn die Täterschaft bewaffnet ist». Dafür ist der Zivilschutz weder ausgebildet noch ausgerüstet. «Entsprechend sind solche Einsätze ausgeschlossen.» Aus dem gleichen Grund werde auch bei Demonstrationen auf die Unterstützung des Zivilschutzes verzichtet. «Zur Zusammenarbeit kommt es also ausschliesslich bei friedlichen Einsätzen.»

ap

Dienst ohne Waffen

Alle Sicherheitsspezialisten erhalten neben der normalen und zeitgemässen Zivilschutzbekleidung, die im Kanton Zug persönlich abgegeben wird, zusätzliche Ausrüstungsgegenstände für die Verkehrslenkung: eine Warnweste, weisse Handschuhe und eine Stablampe. Die Sicherheitsspezialisten leisten ihren Dienst unbewaffnet, sie verfügen weder über eine Schusswaffe noch über Schlagstöcke, Reizstoffsprühgeräte oder Messer. Sie sind nicht befähigt Ordnungsdienste zu leisten.

Zur Erfüllung ihrer Aufträge steht der Sicherheitskompanie in einer ersten Phase ein fachspezifischer Einsatzanhänger und ein grosser Beleuchtungsanhänger zur Verfügung. Logistische Zivilschutzelemente können dann, dem Einsatz entsprechend, weitere Mittel beibringen.

Diverse Einsätze geleistet

Alle Formationen der Zivilschutzorganisation des Kantons Zug, somit auch die Angehörigen der Sicherheitskompanie, können durch den polizeilichen Einsatzleiter über die Einsatzleitzentrale der Zuger Polizei innert Kürze – über das Alarmierungssystem «Modulares Kommunikationssystem» Mo-KoS – alarmiert und aufgeboden werden. In den vergangenen Jahren konnte sich die Sicherheitskompanie bei diversen Einsätzen beweisen. So wurde sie mehrmals bei Vermisstensuchen und 2016 anlässlich der «Anti-WEF-Demo» in Zug eingesetzt. Jährlich erhalten die Kader der Sicherheitskompanie die Möglichkeit, die Zuger Polizei bei grösseren Personen- und Fahrzeugkontrollen im Verkehrsdienst und im logistischen Bereich zu unterstützen. Zudem wird die Sicherheitskompanie bei jedem grösseren Einsatz zu Gunsten der Gemeinschaft eingesetzt – dieses Jahr am Eidgenössischen Schwing- und Älplerfest (ESAF) vom 23. bis 25. August in Zug. Die Zusammenarbeit mit der Zuger Polizei verläuft stets professionell und partnerschaftlich. Die Erfahrung zeigt auch, dass die Unterstützung durch den Zivilschutz sehr geschätzt wird.

Oliver Füllemann

Kommandant/Ausbildungschef, Zivilschutzorganisation des Kantons Zug

Veranstaltung Ende August in Bern

Risikoszenarien im Gesundheitswesen

Um die Kenntnisse über Risiken zu verbreiten, organisiert der Koordinierte Sanitätsdienst (KSD) in Zusammenarbeit mit der Berner Fachhochschule (BFH) und dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) am 29. und 30. August eine Konferenz in Bern. Die Konferenzreihe ist ein alljährlicher Fixpunkt des «Campus KSD» zur Vernetzung von Entscheidungsträgerinnen und -trägern im Gesundheitswesen.

Die Schweiz ist immer wieder von Ereignissen und Entwicklungen betroffen, die die Bevölkerung und ihre Lebensgrundlagen gefährden oder zumindest das Alltagsleben erheblich einschränken. Im letzten Jahr machte etwa der Hitzesommer mit Wassermangel Schlagzeilen. Wie die KSD-Konferenz 2018 zum Thema Cybersicherheit im Gesundheitswesen zeigte, sind auch Cyberangriffe hochaktuell. Und selbst mit terroristischen Anschlägen ist in der Schweiz zu rechnen. Gefährdungs- und Risikoanalysen bilden die Grundlage für Prävention und Vorsorge im Hinblick auf Katastrophen und Notlagen. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) führt mit seinen Partnern regelmässig solche Analysen für die Schweiz durch und erarbeitet zurzeit die relevantesten Szenarien. Gefährdungsdossiers vermitteln in Szenarien eine Übersicht über den Ereignisablauf.

Interkantonale und nationale Koordination

Für Entscheidungstragende bei Behörden wie in der Privatwirtschaft ist es wichtig, die Risiken in der Schweiz zu kennen. Sie sind auch eine Grundlage für die Vorbereitung auf die Bewältigung von Ereignissen. Für das Gesundheitswesen bedeuten Ereignisse mit einer Vielzahl von Toten und Verletzten hohen Systemstress ohne Vorwarnzeit. Die Bewältigung von Katastrophen und Notlagen fällt im Gesundheitsbereich den Kantonen zu. Da kein Kanton in der Schweiz die Ressourcen hat, solche Ereignisse allein zu bewältigen, ist es notwendig, die Gesundheitsinstitutionen interkantonale und national zu koordinieren. Dabei gilt es, Ressourcen bereitzustellen und für die Systemresilienz im Gesundheitswesen zu sorgen.

Risikoszenarien diskutieren

An der Konferenz werden die Risikoszenarien und die Auswirkungen der Gefährdungen auf das Gesundheitswesen diskutiert und vertieft. Die Frage, wie gut unser Gesundheitswesen auf nationale Katastrophen und Notlagen vorbereitet ist, steht dabei im Zentrum. Darauf basierend soll geklärt werden, welchen Herausforderungen sich das Gesundheitswesen stellen muss und welche Massnahmen und Kompetenzen für die Vorsorge und Bewältigung notwendig sind.

Angeboten werden sowohl Input-Referate als auch Workshops. Anhand von Beiträgen aus Praxis und Wissenschaft werden Gefährdungen analysiert und deren



Die Fachleute werden über die Frage diskutieren, wie gut unser Gesundheitswesen auf nationale Katastrophen und Notlagen vorbereitet ist.

Auswirkungen auf das Gesundheitswesen besprochen. Es werden konkrete Risiken und Massnahmen zur Bewältigung von Ereignissen vorgestellt. Die Konferenz bietet zudem eine Plattform innerhalb des «Campus KSD» für den Austausch und die Vernetzung der Akteure und ist ein wichtiges Instrument für Wissenstransfer und Koordination.

Die Konferenz richtet sich insbesondere an Spitaldirektorinnen und -direktoren, Sicherheitschefs der Akut-Spitäler, Leitendes Personal Notfallstation, Chefs der Sanitätsnotrufzentralen (SNZ) 144, Kader der Rettungsdienste, Kantonsärztinnen und -ärzte, Leitende der Gesundheitsämter und Stabschefs der kantonalen Führungsstäbe – weitere Interessierte sind willkommen.

Weiterführende Informationen und Anmeldung unter www.bfh.ch/wirtschaft/ksd-konferenz2019

Reorganisation im BABS

Auf Kernaufgaben ausgerichtet

Nach einer Reorganisation präsentiert sich das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) in einer angepassten Struktur: Als auffälligste Änderungen bestehen neu die Geschäftsbereiche Zivilschutz und Telematik.

Bereits auf Anfang Jahr wurde der bisherige Geschäftsbereich Bevölkerungsschutzpolitik zum Geschäftsbereich Zivilschutz umgebildet. Mit dem Ziel, im Zivilschutz Koordination und Weiterentwicklung zu optimieren, wurden die Kernaufgaben in einer Stelle zusammengelegt. Zum Geschäftsbereich gehören neu der Fachbereich Bauten (bisher im Geschäftsbereich Infrastrukturen) und der neu gebildete Fachbereich Personelles Zivilschutz, in den auch die Zivilschutz-Rekrutierungs-offiziere integriert sind. Demgegenüber wurden typische Querschnittsaufgaben (Risikogrundlagen und Forschungskoordination, Recht, Kommunikation) in den Führungsbereichen Direktion und Stab angesiedelt.

Verbesserung der Einsatzfähigkeit

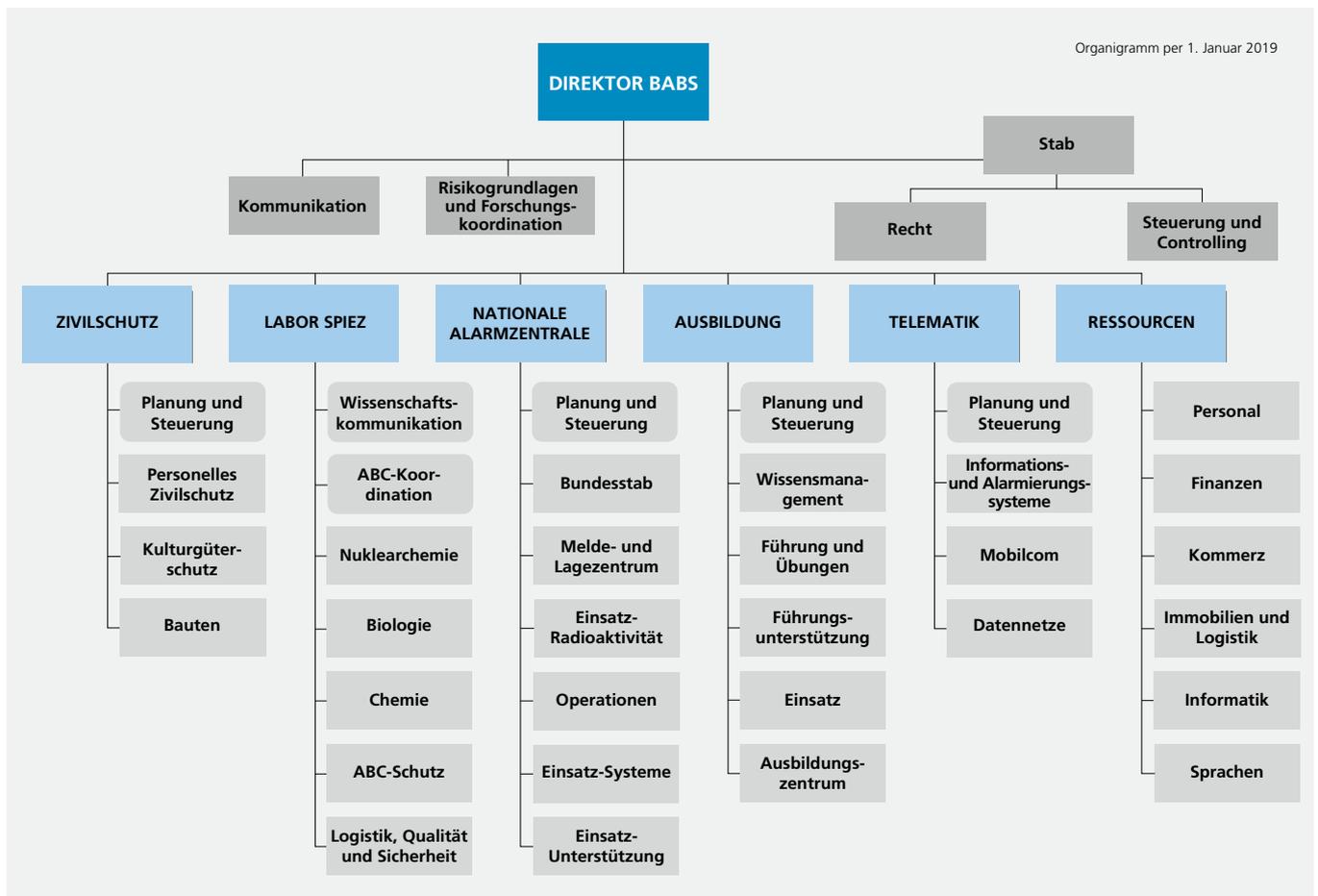
Ein Schwerpunkt der BABS-Strategie zielt auf die Sicherstellung und Verbesserung der Einsatzfähigkeit bei Katastrophen und in Notlagen. Die wichtigsten Einsetzelemen-

te des BABS sind nun im Geschäftsbereich Nationale Alarmzentrale (NAZ) zusammengefasst. Neu in die NAZ integriert ist insbesondere die Geschäftsstelle des Bundesstabes Bevölkerungsschutz.

Die umfangreichen Aufgaben, die im Bereich Telematik anstehen, machten es erforderlich, die Führung breiter abzstützen. Aus dem Geschäftsbereich Infrastrukturen (ohne den Fachbereich Bauten) entstand so der Geschäftsbereich Telematik. Er bearbeitet die Aufgaben rund um die Kommunikationssysteme des Bevölkerungsschutzes: Polyalert, Polycom, sicheres Datenverbundnetz (SDVN), mobile Sicherheitskommunikation (MSK) und weitere Projekte.

Ob Konzeption, Telematik oder Einsatz: Mit diesen organisatorischen Anpassungen ist das BABS für die künftigen Herausforderungen gewappnet.

Kommunikation BABS



Das Organigramm des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BABS).

Neue Adresse: Guisanplatz 1B, 3003 Bern

Das BABS zieht um

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) zieht um: An der neuen Adresse am Guisanplatz 1B im Nordosten Berns werden mehrere Geschäftsbereiche unter einem Dach zusammengeführt. Die Nähe zu verschiedenen anderen Bundesämtern soll in erster Linie der Ereignisbewältigung und dem Bundesstab Bevölkerungsschutz zugutekommen.

Seit 10. Juni 2019 gilt die neue Adresse: Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS, Guisanplatz 1B, 3003 Bern. Am Guisanplatz 1 entsteht unter der Bauherrschaft des Bundesamtes für Bauten und Logistik (BBL) in mehreren Bauetappen das grösste Verwaltungszentrum des Bundes. Ab Mitte 2019 beziehen neben dem BABS in einer ersten Etappe auch das Bundesamt für Rüstung (armasuisse), das Bundesamt für Polizei (fedpol) und die Bundesanwaltschaft (BA) die neuen Büros. Das Verwaltungszentrum beherbergt Büros für rund 2000 Bundesangestellte.

Arbeitsplätze im Multispace

Das BABS teilt sich mit armasuisse das vierstöckige Bürogebäude 1B mit einem grossen überdachten Innenhof. Das neue Verwaltungszentrum bringt für das BABS den Wechsel in eine Multispace-Bürowelt, die aus Gruppenbüros und unterschiedlich nutzbaren Arbeitsflächen in der Nähe des persönlichen Arbeitsplatzes besteht. Diese Arbeitsflächen sind etwa für Telefongespräche, kleinere und grössere Sitzungen oder konzentriertes Einzelarbeiten ausgestaltet. Das Konzept sieht vor, dass die Mitarbeitenden flexibel diejenige Arbeitsumgebung aufsuchen, die für ihre Tätigkeit jeweils am besten geeignet ist. Die offene Struktur soll auch die Zusammenarbeit untereinander verbessern. Mit verschiedenen Informationsmitteln und in Workshops wurden die Mitarbeitenden und Führungskräfte auf den Kulturwandel vorbereitet.

Die NAZ im November von Zürich nach Bern

Mit dem Umzug an den Guisanplatz übersiedelt auch die Nationale Alarmzentrale (NAZ) von Zürich nach Bern, ihr Einzug erfolgt allerdings erst im November. Die Bereitstellung und Überprüfung der Führungs- und Kommunikationsinfrastruktur beansprucht diese zusätzliche Zeit. Nicht tangiert vom Umzug sind der Geschäftsbereich Ausbildung im Eidgenössischen Ausbildungszentrum (EAZS) in Schwarzenburg und das Labor Spiez.

Die NAZ erhält einen neuen Führungsraum und Büros, die situativ als Arbeits- oder als Einsatzräume genutzt werden können. Auch für den Bundesstab Bevölkerungsschutz sind Räume für den Ereignisfall vorbereitet. Die neue Nähe der NAZ zu den anderen Geschäftsbereichen und zur Bundesverwaltung generell soll genutzt werden, um im Bedarfsfall die Einsatzorganisation mit Mitteln des ganzen BABS personell zu verstärken und um die Zusam-



Am Guisanplatz 1 in Bern entsteht in mehreren Bauetappen das grösste Verwaltungszentrum des Bundes.

menarbeit mit anderen Bundesämtern, insbesondere im Rahmen des Bundesstabes Bevölkerungsschutz, in der Vorbereitung und im Einsatz zu verbessern.

Das neue Verwaltungszentrum bringt für das BABS den Wechsel in eine Multispace-Bürowelt.

Gut erreichbar

Für seine Partner ist das BABS weiterhin gut erreichbar: Das Tram Nr. 9 fährt direkt vom Bahnhof Bern oder vom nahen S-Bahnhof Bern Wankdorf an den Guisanplatz, auch verschiedene Busstationen befinden sich in unmittelbarer Nähe des Verwaltungszentrums. Ein guter Anschluss besteht zudem über die Autobahnausfahrt Wankdorf, die Parkplätze sind allerdings rar.

Kommunikation BABS

Neues System spätestens 2022

Meteorologischer Notfallschutz

Mit dem Sicherheitstool EMER-Met (Emergency Response Meteorology) erhalten das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI und das Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS spätestens ab 2022 ein neues und verbessertes meteorologisches Prognosesystem für den Schutz der Bevölkerung.

Im Auftrag des BABS betreibt das Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie (MeteoSchweiz) ein Netz von Radioaktivitätsmesssonden. Zudem stellt MeteoSchweiz die meteorologischen Grundlagen zuhanden des ENSI und des BABS für die Berechnung der Ausbreitung von Luftschadstoffen sicher. Das BABS ist in der Akutphase eines radiologischen Ereignisses verantwortlich für die Erfassung und Beurteilung der radiologischen Lage und die Anordnung von Schutzmassnahmen für die Bevölkerung. Das ENSI ist bei Ereignissen in Schweizer Kernanlagen zuständig für die Erstellung von Prognosen betreffend mögliche Ausbreitung der Radioaktivität und deren Konsequenzen. Zudem berät es das BABS bei der Anordnung der Schutzmassnahmen für die Bevölkerung. MeteoSchweiz betreibt seit 2005 das Prognosesystem CN-Met (Centrales Nucléaires et Météorologie). Es stellt

optimierte meteorologische Grundlagen bereit und erfüllt damit die spezifischen Bedürfnisse des ENSI und des BABS. Um den zuverlässigen Betrieb weiterhin zu gewährleisten, muss das CN-Met erneuert werden. Zudem soll das System ausgebaut und auf den neusten Stand gebracht werden. Entstanden wird das neue Sicherheitstool EMER-Met (Emergency Response Meteorology): Es bringt bereits im Namen zum Ausdruck, dass es dem allgemeinen Notfallschutz dienen soll. Insbesondere käme es bei nuklearen Störfällen zum Einsatz. Das Projekt zum Aufbau von EMER-Met ist in diesem Jahr gestartet. Spätestens 2022 soll der operationelle Betrieb aufgenommen werden. Da alle drei Bundesinstitutionen von dieser Entwicklung profitieren, finanzieren sie die Entwicklungskosten zu gleichen Teilen.

Revision Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz (BZG) und Kredit für Datenverbundsystem

Nationalrat befindet über Bevölkerungsschutz-Vorlagen

Am 14. Juni 2019 hat der Nationalrat die Totalrevision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes (BZG) ohne Gegenstimme verabschiedet – dies mit Anpassungen am Gesetzesentwurf des Bundesrats. Mit 175 Stimmen bei 1 Enthaltung hat der Nationalrat den Verpflichtungskredit von 150 Mio. Franken für ein nationales sicheres Datenverbundsystem bewilligt.

Mit der Revision des BZG will der Bundesrat das Bevölkerungsschutzsystem modernisieren und gezielter auf die heutigen Gefahren und Risiken ausrichten. Dieses Ziel ist im Nationalrat unbestritten. Aufgrund grösserer Differenzen zwischen den Kantonen und dem Bundesrat betreffend die genaue Ausgestaltung der Vorlage hat der Nationalrat einige Anpassungen am Gesetzesentwurf des Bundesrates beschlossen.

Mit 121 gegen 64 Stimmen hat er entschieden, auf eine Erweiterung des Leistungsprofils des Zivilschutzes im Bereich des Sanitätsdienstes zu verzichten. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Einführung eines Durchdienermodells im Zivilschutz hat er mit 152 gegen 31 Stimmen verworfen. Bezüglich der Schutzräume und der Ersatzbeiträge will der Nationalrat mit 132 gegen 48 Stimmen grundsätzlich am derzeitigen System festhalten. In Abweichung zum Entwurf des Bundesrates hat der Nationalrat beschlossen,

dass Ersatzbeiträge neu auch zur Erneuerung öffentlicher und privater Schutzräume oder für Ausbildungsaufgaben im Zivilschutz verwendet werden können.

Nationalrat bewilligt Kredit für Datenverbundsystem

Die für den Schutz der Bevölkerung zuständigen Stellen sind bei Katastrophen und in Notlagen auf einen schnellen und sicheren Austausch von Informationen angewiesen. Entsprechende Strukturen und Systeme sind dabei von zentraler Bedeutung. Die heute eingesetzten Kommunikationssysteme weisen jedoch Sicherheitsdefizite auf. Mit dem neuen nationalen sicheren Datenverbundsystem will der Bundesrat diese Sicherheitsdefizite signifikant reduzieren. Bis 2027 soll das System in mehreren Etappen für 150 Mio. Franken entwickelt und beschafft werden.

Die beiden Geschäfte gehen nun in den Ständerat.

Bevölkerungsschutzkonferenz 2019

Das ganze Gefahrenspektrum

Die diesjährige Bevölkerungsschutzkonferenz #BSK19 findet im Oktober in Montreux statt. Im Fokus stehen Einsätze und Tätigkeiten des Bevölkerungsschutzes über das ganze Gefahrenspektrum hinweg.

Der Bevölkerungsschutz setzt sich mit einem Spektrum von naturbedingten, technikbedingten und gesellschaftsbedingten Gefährdungen auseinander. In allen drei Bereichen gibt es Entwicklungen und Ereignisse, aus denen es Lehren zu ziehen gilt. An der Konferenz bilden aktuelle Einsatzbeispiele aus dem Ausland den Ausgangspunkt für Hintergrundinformationen und Diskussionen zur Situation in der Schweiz.

Anknüpfend an den letztjährigen Fokus «Naturgefahren» werden Waldbrände thematisiert, wie sie im letzten Sommer in Schweden und Frankreich wüteten. Es wird der Frage nachgegangen, wie es künftig um solche Phänomene und ihre Bewältigung in der Schweiz steht.

Im Bereich technikbedingter Gefährdungen stehen Verkehrsinfrastrukturen im Fokus. Unter den gesellschaftsbedingten Gefährdungen wird die klassische Zivilverteidigung thematisiert. Fake News, Wahlkampfmanipulation und Beeinflussung von Wahlprozessen durch staatliche Akteure sind in aller Munde. Schweden hat 2018 eine Kampagne gestartet, um die Bevölkerung auf Krisen und Kriege vorzubereiten. Wie sieht es in der Schweiz aus?

Fachkonferenz mit Fokus Feuerwehr

Neben den Referaten und Podiumsdiskussionen im Plenum finden drei parallel geführte Fachkonferenzen statt. Zu den regelmässigen Fachkonferenzen ABC-Schutz und Schutz kritischer Infrastrukturen kommt in diesem Jahr eine mit Fokus Feuerwehr hinzu.

Gastgeber ist der Kanton Waadt: Die #BSK19 findet am 23. und 24. Oktober in den Konferenzräumen des Hotels Fairmont Le Montreux Palace statt. Auf den sozialen Medien werden unter dem Hashtag #BSK19 Eindrücke direkt von der Konferenz geteilt.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) hat die Bevölkerungsschutzkonferenz – kurz BSK – 2004 ins Leben gerufen, um die Koordination und den Informationsaustausch im Bevölkerungsschutz sicherzustellen. An der Veranstaltung treffen sich jedes Jahr Verantwortliche und Fachleute aus den zuständigen kantonalen Amtsstellen und den Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes.

Weiterführende Informationen im Vorfeld der Konferenz: www.babs.admin.ch

Personelles aus dem Kanton Freiburg

Christophe Bifrare für Jean Denis Chavallaz

Die Sicherheits- und Justizdirektion des Kantons Freiburg hat Christophe Bifrare zum Vorsteher des Amtes für Bevölkerungsschutz und Militär (ABSM) ernannt. Er wird sein Amt am 1. Januar 2020 von Jean Denis Chavallaz übernehmen, der in den Ruhestand tritt.

Christophe Bifrare wurde 1972 in Vuisternens-devant-Romont (FR) geboren, wo er noch heute lebt. Er ist eidgenössisch diplomierter Berufsoffizier der ETH Zürich und hat an der Universität Nantes (Frankreich) ein Nachdiplomstudium in Ethik der Menschenrechte absolviert. 2014 trat Christophe Bifrare als Leiter des Zivilschutzes ins ABSM. Im Folgejahr wurde er zudem stellvertretender Amtsvorsteher. Er ist Mitglied verschiedener interkantonalen Gremien und präsidiert die Zivilschutzkommission der lateinischen Schweiz. In der Armee ist er im Grad eines Oberstleutnants aktiv.

Vier Jahrzehnte Staatsdienst

Jean Denis Chavallaz tritt Ende Jahr nach über vierzig Jahren im Dienst des Staates Freiburg in den Ruhestand. 2003 übernahm er die Leitung des Zivilschutzes beim heutigen ABSM, zu dessen Vorsteher er 2013 ernannt wurde. In dieser Funktion leitete er seither das kantonale Führungsorgan (KFO).

3. Waadtländer Konferenz zum Bevölkerungsschutz

Sicherheitsdispositiv bei Grossveranstaltungen

Welches Sicherheitsdispositiv ist für die Organisation von Grossveranstaltungen erforderlich? Um diese Frage drehte sich der dritte Teil der Waadtländer Konferenzreihe zum Bevölkerungsschutz. Rund 300 Teilnehmende fanden sich dazu im Februar in Vevey ein.



Die Vorträge liessen erkennen, wie wichtig bei der Planung von Sicherheitsdispositiven der Erfahrungsaustausch ist.



Unmittelbar neben dem Platz, auf dem das «Fête des Vignerons» 2019 stattfinden wird, wurde über die Sicherheit bei Grossveranstaltungen gesprochen.

Die vom Amt für Bevölkerungsschutz und Militär (SSCM) des Kantons Waadt und vom Schweizerischen Institut für Stadt- und Veranstaltungssicherheit (iSSUE) organisierte Konferenz fand in Vevey gegenüber dem Place du Marché statt – dem Ort, an dem in Kürze das «Fête des Vignerons» 2019, das Winzerfest, über die Bühne gehen wird. Eine passende Kulisse für die Vorträge zur Sicherheit bei Veranstaltungen.

Zu den Konferenzteilnehmenden zählten neben internationalen Experten der Veranstaltungssicherheit Christoph Flury, Vizedirektor im Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS),

Staatsrätin Béatrice Métraux, ChefIn des Waadtländer Departements für Institutionen und Sicherheit, sowie Frédéric Hohl, geschäftsführender Direktor des Winzerfestes.

Die Konferenz ermöglichte es, alle für die Organisation von Grossveranstaltungen ermittelten Erkenntnisse und Risiken darzustellen – ausgehend vom Allgemeinen, hin zum Besonderen – und die Aufgabe des Gleichgewichts zwischen individueller Freiheit und Sicherheit im Kontext von Grossveranstaltungen zu beleuchten. Die Vorträge liessen erkennen, wie wichtig bei der Planung von Sicherheitsdispositiven der Erfahrungsaustausch ist. «Manchmal wissen andere mehr als Sie. Verstehen Sie dies als Chance!», forderte Sabine Funk vom Internationalen Bildungs- und Trainingszentrum für Veranstaltungssicherheit (IBIT) in Deutschland.

Zusammenarbeit und neue Technologien

Neben der Lenkung der Besucherflüsse und Massenbewegungen, insbesondere mit Blick auf die neuen Technologien, diskutierten die Referentinnen und Referenten die Modalitäten der Zusammenarbeit zwischen Veranstaltern und Behörden, von der Vorbereitung bis zur Führung des Sicherheitsdispositivs. Anhand der Dispositive bei Veranstaltungen wie der Street-Parade in Zürich, dem Besuch von Papst Franziskus in Genf und dem Paléo-Festival in Nyon wurden in den Vorträgen die verschiedenen Parameter thematisiert: das medizinisch-sanitätsdienstliche Dispositiv, die Aufteilung der Rollen und Verantwortlichkeiten zwischen Organisatoren und Behörden sowie die Aufträge der verschiedenen Partner, darunter auch der Armee.

Zyklus der Konferenzen zum Bevölkerungsschutz

Die Veranstaltung vom 22. Februar 2019 war der dritte Teil der Waadtländer Konferenzreihe, die sich mit Querschnittsthemen in Zusammenhang mit der Entwicklung von Risiken befasst und im Rahmen des integralen Risikomanagements durchgeführt wird. Dieser vom Waadtländer Staatsrat verlangte integrale Risikomanagementprozess ermöglicht es, Gefahren so effektiv wie möglich zu überwinden, bei Katastrophen und in Notlagen Schäden zu begrenzen und eine schnellstmögliche Rückkehr in eine normale Lage sicherzustellen.

SSCM

Alle Präsentationen, die Fotogalerie und Trailer zur Veranstaltung sind zugänglich unter www.vd.ch/protection-population

Zivilschutz Einsatz zugunsten der Gemeinschaft

Aufgeboten zum Genfer Marathon

Der Genfer Zivilschutz engagiert sich zunehmend bei Einsätzen zugunsten der Gemeinschaft. Dies bringt dem Zivilschutz eine Annäherung an die Bevölkerung, eine Stärkung des Images und ein wachsendes Vertrauen – in der Öffentlichkeit wie bei den Partnern.

Am 11. und 12. Mai 2019 fand die 15. Austragung des Genfer Marathons für UNICEF statt. Rund 18 000 Läuferinnen und Läufer aus aller Welt massen sich in den verschiedenen Rennen. Bereits seit sieben Jahren steht der Zivilschutz am Rennsonntag im Einsatz, zum vierten Mal in Folge, an dem sich das Engagement über beide Veranstaltungstage erstreckte.

Sicherheitsaufgaben

Der Auftrag der Truppen bestand darin, die Sicherheit an Kreuzungen zu gewährleisten und Fahrzeugen den Zugang zur Strecke zu verwehren. Eine manchmal etwas heikle Aufgabe, befinden sich doch rund um den Genfer Hafen Luxushotels, deren Kunden erwarteten, ohne Hindernis zu den Parkplätzen zu gelangen. Daher war es wichtig zu wissen, wie die Verkehrsteilnehmenden höflich zu informieren und wie alle Verstösse zu melden sind, etwa, wenn eine Absperrung durchbrochen wurde und die Polizei eingreifen musste.

Für diese Aufgaben wurden die Zivilschutzorganisation von Vernier und die regionalen Zivilschutzregionen (ORPC) Genf, Lac, Meyrin-Mandement, Seymaz und Voiron aufgeboten. Insgesamt verzeichnete der Zivilschutz 90 Eingerückte, die an der Seite der kantonalen und kommunalen Polizeikräfte im Einsatz standen. Alleamt Partner, die Hand in Hand im Renn-Kommandoposten arbeiteten, in dem das kantonale Amt für Bevölkerungsschutz und Militär (OCPAM) den Zivilschutzeinsatz koordinierte, unterstützt von Einsatzleitern, die als Verbindung zwischen Kommandoposten und Einsatzgebiet wirkten.

«Die Partner erkennen, dass sich der Zivilschutz weiterentwickelt hat. Sie schätzen uns und vertrauen uns. Wir verfügen über die erforderlichen Einsatzkräfte und Ausrüstungen, sei es für Grossveranstaltungen oder beispielsweise für Aktionen bei Hitzewellen. Dafür wird uns regelmässig gedankt», sagt Hauptmann Yvan Strummiello, stellvertretender Kommandant der ORPC Meyrin-Mandement.

Ohne Zwischenfälle

Manche Zivilschutzangehörige, insbesondere Betreuer, erfreuten sich an der Möglichkeit, die Laufenden vorbeiziehen zu sehen, sich mit den Zuschauenden auszutauschen und die Verkehrsteilnehmenden zu informieren. Für die Männer aus dem Bereich Unterstützung verstrich die Zeit langsamer: «Das war mein erster Einsatz, und ich

fand es hier etwas zu ruhig. Normalerweise hantieren wir mit Maschinen und Werkzeugen – ich wäre lieber aktiver gewesen», verriet Pionier Ludovic Peret, der im Abschnitt Eau-Vives eine Absperrung bewachen musste. Korporal Blaise Verdon, der Veteran der Truppe und Maskottchen von Meyrin-Mandement, leistete seinen Einsatz als Freiwilliger. Auch er hätte es vorgezogen, «einen Weg instand zu stellen oder eine Brücke abzurechnen». Stattdessen trug er an diesem Tag zur Sicherheit der Mont-Blanc-Brücke bei – trotz der Bise mit einem Lächeln auf den Lippen. Bis zum Schluss verlief der Einsatz ohne Zwischenfälle: Das ist sicherlich der grösste Sieg an diesem Rennanlass.

L. Ebener, OCPAM



Hauptmann Yvan Strummiello koordiniert den Zivilschutzeinsatz vom Kommandoposten aus.



Ludovic Peret hat sich selbst für seinen ersten Einsatz zugunsten der Gemeinschaft gemeldet.

«Die Partner schätzen uns und vertrauen uns.»

Hauptmann Yvan Strummiello, ORPC Meyrin-Mandement

Luzerner Zivilschutzorganisation Emme überprüft ihr Leistungsprofil

Szenario Unwetter in den Seegemeinden

Die Zivilschutzorganisation (ZSO) Emme hat im März eine grosse Einsatzübung mit der gesamten Führung und den priorisierten Zügen der Katastrophenhilfe aus allen Kompanien durchgeführt. Beim Szenario «Unwetter in den Seegemeinden» stand die Gemeinde Weggis im Zentrum des Übungsszenarios.



185 Personen waren an dieser Einsatzübung der ZSO Emme beteiligt.

Freitag, 8. März 2019, 05:00 Uhr: Die Übung der ZSO Emme begann mit einer echten Alarmierung der Führung durch die Einsatzleitzentrale der Luzerner Polizei. Schliesslich sollte die Übung möglichst nahe am Ernstfall liegen, mit dem Ziel, die Einsatzfähigkeit gemäss Leistungsprofil der ZSO Emme, der grössten Zivilschutzorganisation des Kantons Luzern, zu überprüfen.

Um die geforderte Realitätsnähe darzustellen, wurde nicht nur die Führung der Organisation aufgeboten, im Einsatz standen auch zahlreiche Formationen aus allen vier Kompanien: Pioniere, Betreuung, Logistik und Führungsunterstützung. Insgesamt waren an dieser Einsatzübung 185 Personen beteiligt.

Alle vier Kompanien beübt

Die Teilnahme aller vier Kompanien ermöglichte ein Training des gesamten Einsatzspektrums der ZSO an zahlreichen Übungsplätzen. Neben Pionierarbeiten im Rahmen von Überschwemmungen, der Evakuierung von Gebäuden und der Betreuung einer Sammelstelle wurden Verkehrsachsen gesperrt und Umleitungen real eingerichtet. Zusätzlich wurde eine Vermisstensuche mit Hilfe von Drohnen und Wärmebildkamera durchgeführt und ebenso die Versorgung aller an der Einsatzübung beteiligten Personen sichergestellt.

Die Gesamtkoordination aller Einsatzelemente stellte die ZSO Emme aus dem Schulhaus Dörfli in Weggis sicher, wo der örtliche Kommandoposten eingerichtet wurde. Dort startete auch die Gästeführung zu den einzelnen Übungsplätzen.

Partnerarbeit in der Vorbereitung

Die eintägige Einsatzübung wurde von vier Kadernmitgliedern der ZSO Emme während eines Jahres vorbereitet. Nötig waren etwa Absprachen mit Feuerwehr und Werkdienst in den Seegemeinden, die Information der Grundeigentümer und Forstämter, das Einholen von Fahrbewilligungen, ein Umleitungskonzept für Luzerner Polizei und öffentliche Verkehrsbetriebe, die Absprache mit Wasserversorgung usw.

Acht Arbeitstage setzte das OK zur Vorbereitung ein, zwei davon in Schwarzenburg. Es entstanden insgesamt zwölf Versionen des Konzepts und sieben des Drehbuchs. Bei der Ausarbeitung waren einerseits die lokalen Partner wie Gemeinde, Feuerwehr, Polizei und technische Betriebe involviert, andererseits wurde auch mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) zusammengearbeitet. Auf Basis der vorhandenen Gefährdungsanalyse in den Seegemeinden wurde ein naheliegendes Unwetter-Szenario erarbeitet und die Ereignisbewältigung anhand vorhandener Konzepte durchgeprobt. Die Erkenntnisse aus der Übung werden in die Optimierung der Einsatzbereitschaft aller Kompanien einfließen.

Ch. Roos, ZSO Emme

Zahlen zur Einsatzübung

- 185 Angehörige des Zivilschutzes leisteten 2380 Mannstunden
- 3300 Kilometer mit Fahrzeugen zurückgelegt
- Verpflegung: 15 kg Hörnli, 20 kg Hackfleisch, 160 Stk. Schweinsteak, 25 kg Stocki, 15 kg Rüeblli, 4 kg Mischsalat, 100 Stk. Vanilleplunder, 100 Stk. Brownies, 200 Stk. Äpfel, 80 Stk. Crèmeschnitten

Ronald Rickenbacher, im SZSV Vorstandsmitglied und TK-Präsident

«Ich möchte Grenzen sprengen»

Im April dieses Jahres ist Ronald Rickenbacher als neuer Präsident der Technischen Kommission in den Vorstand des Schweizerischen Zivilschutzverbandes (SZSV) gewählt worden. Der 33-jährige Aargauer will sich stark machen für einen selbstbewussten Zivilschutz.

Herr Rickenbacher, erklären Sie Ihr Engagement für den Zivilschutz!

Ich bin der Meinung, dass die Schweiz den Solidaritätsgedanken stark gewichtet und auf dem Gedanken der Miliz basiert. Sämtliche Institutionen, die sich an dieses Prinzip halten, bieten lohnenswerte Aufgaben, um sich in ihnen zu engagieren. Ich war immer schon in solchen Organisationen tätig und glaube an sie.

Wo steht der Zivilschutz?

Eine schwierige Frage! Wenn ich den Zivilschutz im Kontext der gesellschaftlichen und klimatologischen Entwicklung betrachte, bin ich sicher: Die Institution wird künftig erst recht notwendig sein. Der Individualismus in der Gesellschaft ist aber extrem hoch und nimmt zu. Jeder will sich selber verwirklichen. So ist es sehr schwierig, die Sinnhaftigkeit, die der Zivilschutz beinhaltet, potenziell Interessierten auch zu verkaufen.

Wo müsste der Zivilschutz hin? Woran mangelt es noch?

Positiv ist die logistische Situation, die Materialfrage. Da sind wir auf dem richtigen Weg. Diesbezüglich haben wir im Aargau viel Gutes gemacht. Aber auch in Emmen mit den Drohnen oder im Thurgau mit Seilrettungen. Potenzial hat sicherlich eine noch bessere Abgrenzung zwischen den einzelnen Partnern: Wo hört die Feuerwehr auf und schliesst der Zivilschutz an und übernimmt die Armee? Die gesamte Zusammenarbeit ist eine Riesenbaustelle. Ich sehe nicht ein, wieso Feuerwehr und Zivilschutz eigene Gärten pflegen. Ginge es nach mir, könnten auch Zivilschutz und Zivildienst kooperieren.

Wie verstehen Sie Ihre Rolle als Vorstandsmitglied im SZSV?

Ich sehe mich als kritischen Hinterfrager. Als einen, der nicht einfach alles abnicken will. Etwas plakativ ausgedrückt: Ich möchte Grenzen sprengen, alte Denkmuster aufbrechen – aber auf eine konstruktive Art und Weise. Danach möchte ich aber auch die Reihen schliessen und gemeinsam eine Lösung finden.

... und als Präsident der Technischen Kommission?

Ich will dafür sorgen, dass das Know-how zur richtigen Zeit am richtigen Ort fundiert vorhanden ist. Die Rolle der TK ist das Erkennen und Aufnehmen fachspezifischer Themen. Idealerweise kann sie diese so überführen, dass



Ronald Rickenbacher ist seit Januar 2017 Kommandant der ZSO Wettingen-Limmattal. An der Generalversammlung des SZSV im April 2019 wurde er als Nachfolger des bisherigen TK-Präsidenten Martin Erb in den Vorstand des Verbandes gewählt.

auch gleich politisches Gewicht entsteht. Die TK soll Grundlagen schaffen und ein Argumentarium erarbeiten, damit der Vorstand gegenüber anderen Verbänden, aber auch gegenüber den Bundesstellen, mit Fakten bestehen kann. Darüber hinaus soll die TK natürlich auch der einzelnen Organisation helfen, etwa punkto Übungskonzept oder Plattform.

Der SZSV als unverzichtbarer Partner?

Genau! Unser Verband ist enorm wichtig. Es ist ganz zentral, dass es uns gelingt, ihm ein entsprechendes Gewicht zu verschaffen gegenüber unseren «Kunden», den ZSO, aber auch gegenüber der Politik. Es muss unser Ziel sein, dass die Leute mit ihren Anliegen auch an den Verband gelangen. Der SZSV als zusätzlicher, starker Ansprechpartner! Dass dies möglich ist, daran glaube ich felsenfest.

SZSV

Romaine Kuonen als Zentralpräsidentin abgetreten

Ein Herz für REDOG

«REDOG ist für uns alle mehr als eine Beschäftigung. REDOG ist eine Herzensangelegenheit.» Mit diesen Worten verabschiedete sich Romaine Kuonen an der Delegiertenversammlung als Zentralpräsidentin des Schweizerischen Vereins für Such- und Rettungshunde (REDOG). Nach acht Jahren übergab sie im April aufgrund der Amtszeitbeschränkung die Leitung an ein Co-Vizepräsidium.

Es gab praktisch keinen Moment, in dem Romaine Kuonen als REDOG-Zentralpräsidentin nicht erreichbar war. Und das nicht nur bei Einsatzalarmen, sondern auch für die REDOG-Mitglieder und die Mitarbeitenden der Geschäftsstelle. Auf eine Frage folgte prompt die Antwort. Musste ein Text gegengelesen werden, kam ihr Feedback noch am gleichen Tag. Für eine dringende Unterschrift fuhr sie schnell ins Büro. Galt es zu schlichten, verbrachte sie Stunden am Telefon, auch nachts. In einem Interview sagte sie einmal: «Einsatzfähige REDOG-Mitglieder sind generell auf Pikett.»

In Romaine Kuonens Präsidentschaft fällt die Lancierung der Alarmzentrale und der Geschäftsstelle REDOG.

Die Arbeit im Team stand für die Walliserin über allem, wie sie stets betonte, gemeinsam etwas aufzubauen und weiterzuentwickeln, bei allen Hürden und Anstrengungen, das war Romaine Kuonen wichtig. Es ist deshalb auch nicht überraschend, dass sie im April 2019 ins Zentrum ihrer Abschiedsrede Comicfiguren mit einem grossen roten Herz stellte: «Wir alle sind Hearty Heroes. Unser Herz brennt für unsere Mission. Wir haben ein gemeinsames Ziel und dadurch sind wir verbunden: etwas Sinnvolles tun für Menschen in Not», sagte sie.

REDOG-Spirit weitergeben

In Romaine Kuonens Präsidentschaft fällt die Lancierung der Alarmzentrale und der Geschäftsstelle REDOG. Aufgebaut wurden auch die Strukturen für die Sofort-Einsatz-

teams für Einsätze im Ausland, zum Beispiel bei Erdbeben, sowie Ausbildungsprojekte im Ausland. «Was gibt es Schöneres, als Wissen zu teilen? Das ist gelebte Humanität», sagte sie in Sempach zu den Delegierten, den Vertreterinnen und Vertretern von Armee und Partnerorganisationen, den Ehrenmitgliedern und den geladenen Gästen. Die zwei internationalen Trainingswochen auf dem Übungsgelände in Epeisses (GE), an denen jeweils rund 200 Retterinnen und Retter aus allen fünf Kontinenten teilnahmen, erwähnte sie mit Stolz. Nicht ohne zu betonen: «Auch hier war eine enorme Teamarbeit angesagt.»

Mit grosser Leidenschaft

Den Dank, den die Präsidentin in ihrer Abschiedsrede an die Partnerinnen und Partner richtete, erhielt sie zurück. Es sei ihr gelungen, immer und überall die Notwendigkeit von REDOG aufzuzeigen, echte Begeisterung auszulösen und zu überzeugen, hiess es. Peter Rub, Ehrenpräsident der Schweizerischen Kynologischen Gesellschaft (SKG), sagte: «Die Integration der Drohnen in die Suche ist nur eines von vielen Beispielen, wie dein Blick und deine Visionen immer nach vorne gerichtet waren.»

Eine besondere Ehrung erhielt Romaine Kuonen von Annemarie Huber-Hotz, der langjährigen Wegbegleiterin im Schweizerischen Roten Kreuz, Präsidentin wie sie. «Einer Organisation wie REDOG kann nur angehören, wer grosse seelische Kraft hat und zu einer Leidenschaft fähig ist, die ihn bei einer grossen Belastung nicht verzweifeln lässt, auch dann nicht, wenn allgegenwärtiges Chaos Hoffnungslosigkeit verbreitet.»

Beruflich unterstützt die 55-Jährige Menschen, die sich verändern wollen oder die sich in Krisen befinden. Nicht unähnlich ihrem REDOG-Engagement. Für ihre Präsidentschaft wendete Romaine Kuonen jedoch mehr Zeit auf als für ihren Beruf. Wobei das Vereinsmanagement freiwillig und ehrenamtlich ist. Wie bei allen REDOG-Mitgliedern. Ob als Retterin in Ausbildung, als Retter auf Pikett oder als Technikspezialist im Einsatz.

Professionalisierung und Anerkennung

Romaine Kuonen hat nicht nur viele Ideen umgesetzt und Visionen real werden lassen, sie hat auch die finanzielle Basis dafür geschaffen. Dank ihrer Leidenschaft und ihrer Fähigkeit zu begeistern, entstand ein grosses Netzwerk in der Politik, bei Bund und Kantonen sowie Partnerorganisationen auf nationaler und internationaler Ebene. Leis-



Benjamin Tissot-Daguette (links) und Markus Willi leiten nun die Geschicke von REDOG gemeinsam in einem Co-Vizepräsidium.



Romaine Kuonen hat nicht nur viele Ideen umgesetzt und Visionen real werden lassen, sie hat auch die finanzielle Basis dafür geschaffen.

tungsvereinbarungen mit Kantonen garantieren den kantonalen Krisenstäben eine stete Bereitschaft von REDOG – und REDOG einen finanziellen Zustupf an die professionelle Aus- und Weiterbildung. Bei Blaulichtorganisationen und Armee ist REDOG als gleichwertige Partnerin akzeptiert. Mit GEA, einer türkischen Rettungsorganisation, geht REDOG gemeinsam in Einsätze nach Katastrophen. Die grosszügige Unterstützung von Stiftungen wie der JTI Foundation, von Robmar und der Humanitären Stiftung des Schweizerischen Roten Kreuzes brachte die Finanzen nicht nur ins Lot, sondern zollt auch der Leistung und der Notwendigkeit von REDOG Anerkennung. Mit dem Aufbau der Geschäftsstelle hat Romaine Kuonen sichergestellt, dass professionelles Vereinsmanagement, Marketing und Fundraising diese Erfolge halten und sogar ausbauen.

Stabsübergabe an Co-Vizepräsidium

«Diese ausgezeichnete Aufbauarbeit in den Bereichen Finanzierung, Professionalisierung der Vereinsstrukturen und Bekanntmachen des REDOG-Brands gilt es zu konsolidieren», sagt Markus Willi, der zusammen mit Benjamin Tissot-Daguette in einem Co-Vizepräsidium die Geschicke von REDOG übernommen hat. Mit den beiden sind die zwei Sparten von REDOG vertreten: Markus Willi ist mit Hund Billou in der Vermisstensuche engagiert und Benjamin Tissot-Daguette war mit Diode im Verschüttetensucheinsatz nach dem Erdbeben in Nepal 2015.

Angesprochen auf Zielsetzungen und Schwerpunkte des neuen Co-Vizepräsidiums bezeichnen die Co-Vizepräsidenten das kommende REDOG-Jahr als ein Übergangs-

jahr. Als ein Jahr, in dem es auch darum gehe, eine Persönlichkeit für das Präsidiumsamt zu finden, die den Schweizer Such- und Rettungshunden ab 2020 wieder ein Gesicht gebe und die nächsten Entwicklungsschritte anpacke. «Die immer engere Zusammenarbeit mit Kantonen, Bund und Bevölkerungsschutz- sowie Rettungsorganisationen wird auf jeden Fall weiterhin zu unseren Prioritäten gehören», ergänzt Benjamin Tissot-Daguette.

Mit dem Leichenspürhund

Auch wenn Romaine Kuonen aufgrund der Amtszeitbeschränkung kürzertritt, bleibt sie REDOG erhalten. Zumindest in der Suche und Rettung. Denn mit Arco ist die Hundeführerin in der Ausbildung zum Leichenspürhund, einer noch jungen Sparte bei REDOG. Der Australian Cattle Dog ist ihr fünfter Hund in Ausbildung.

Das Orten von verstorbenen Menschen war der Ehefrau und Mutter zweier nun erwachsener Kinder immer eine Herzensangelegenheit. «Die Verzweiflung, seine Familienmitglieder gar nicht mehr zu finden, ist für Angehörige jahrelang traumatisierend.» Sie zitierte gern die Aussage eines Jugendlichen, dessen Vater nur noch tot geborgen werden konnte: «Das Grauen und der Schrecken haben sich in Trauer verwandelt. Die Gewissheit ist zwar hart und schlimm, aber wir haben unseren Vater wieder und können Abschied nehmen.»

Dagmar Wurzbacher

Kommunikation REDOG



KGS Forum 32/2019

Ein musikalisches «KGS Forum»

Musik gehört zu den wichtigsten Kommunikationsmitteln der Menschheit. Sie ist alltäglich, kommt in allen Kulturen vor, überrascht durch eine Vielzahl unterschiedlicher Stile und Instrumente und hat eine unglaubliche Kraft, Menschen in ihrer Gefühlswelt zu beeinflussen. Zahlreiche Museen und Ausstellungen widmen sich dem Thema.

Musik bedingt auch spezielle Bauten, damit die Akustik die Empfänger bestmöglich erreichen kann. Das «KGS Forum» 32/2019 versucht, unterschiedliche Facetten des Themas zu beleuchten und geht natürlich auch auf die Bezüge zwischen Musik und Kulturgüterschutz ein.

Zum Heft: www.babs.admin.ch

Ausstellung in Konolfingen (BE)

«Rette, Hilfe, Lösche»

Mit der Sonderausstellung «Füürwehr» präsentiert das Dorfmuseum «Alter Bären» im bernischen Konolfingen das ganze Spektrum der Blaulichtorganisationen. Neben der vielfältigen Arbeit der Feuerwehren werden auch die

Themen Brandschutz, Brandermittlung sowie die Organisationen Samariter und First Responder vorgestellt.

Für weitere Informationen www.museum-alter-baeren.ch

«Ereignisanalyse Lawinensituation im Januar 2018»

Weniger Opfer und Schäden

Die Massnahmen, die die öffentliche Hand nach dem extremen Lawinenwinter 1999 ergriffen hat, bewähren sich. Sie mindern Opfer und Schäden, wie die Analyse der Lawinenereignisse vom Januar 2018 zeigt. Damals herrschte erstmals nach 20 Jahren wieder die höchste Gefahrenstufe. Trotz 150 Lawinen gab es in Siedlungen

und gesicherten Gebieten im Gegensatz zu 1999 keine Todesopfer. Dies geht aus dem im Mai 2019 publizierten Bericht «Ereignisanalyse Lawinensituation im Januar 2018» hervor, den das WSL-Institut für Schnee- und Lawinenforschung SLF und das Bundesamt für Umwelt (BAFU) erarbeitet haben.

Halbjahresbericht der Melde- und Analysestelle Informationssicherung (MELANI)

Gefahren des Internet of Things

Geräte des Internet of Things (IoT) können in grossem Masse für Cyber-Angriffe missbraucht werden. Der am 30. April 2019 veröffentlichte 28. Halbjahresbericht der

Melde- und Analysestelle Informationssicherung (MELANI) befasst sich mit den wichtigsten Cyber-Vorfällen der zweiten Jahreshälfte 2018 im In- und Ausland.

IMPRESSUM

Bevölkerungsschutz 33 / Juli 2019 (12. Jahrgang)

Die Zeitschrift *Bevölkerungsschutz* ist in der Schweiz kostenlos erhältlich in Deutsch, Französisch und Italienisch.

Herausgeber: Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS

Koordination und Redaktion: P. Aebischer

Redaktionsteam: A. Bucher, Ch. Fuchs, D. Häfliger, K. Mürger, N. Wenger

Übersetzungen und Lektorat: Sprachdienste BABS

Kontakt: Bundesamt für Bevölkerungsschutz, Kommunikation, Guisanplatz 1B, CH-3003 Bern, Telefon +41 58 462 51 85, info@babs.admin.ch

Fotos: S. 1, 2 (b), 7–12 Kanton Basel-Stadt, S. 13 und 14 (a) Kantonspolizei Zürich, S. 19 Chalabala © iStock by Getty Images, S. 24 SSCM/Julie Masson, übrige BABS/zVg.

Layout: Zentrum elektronische Medien ZEM, Bern

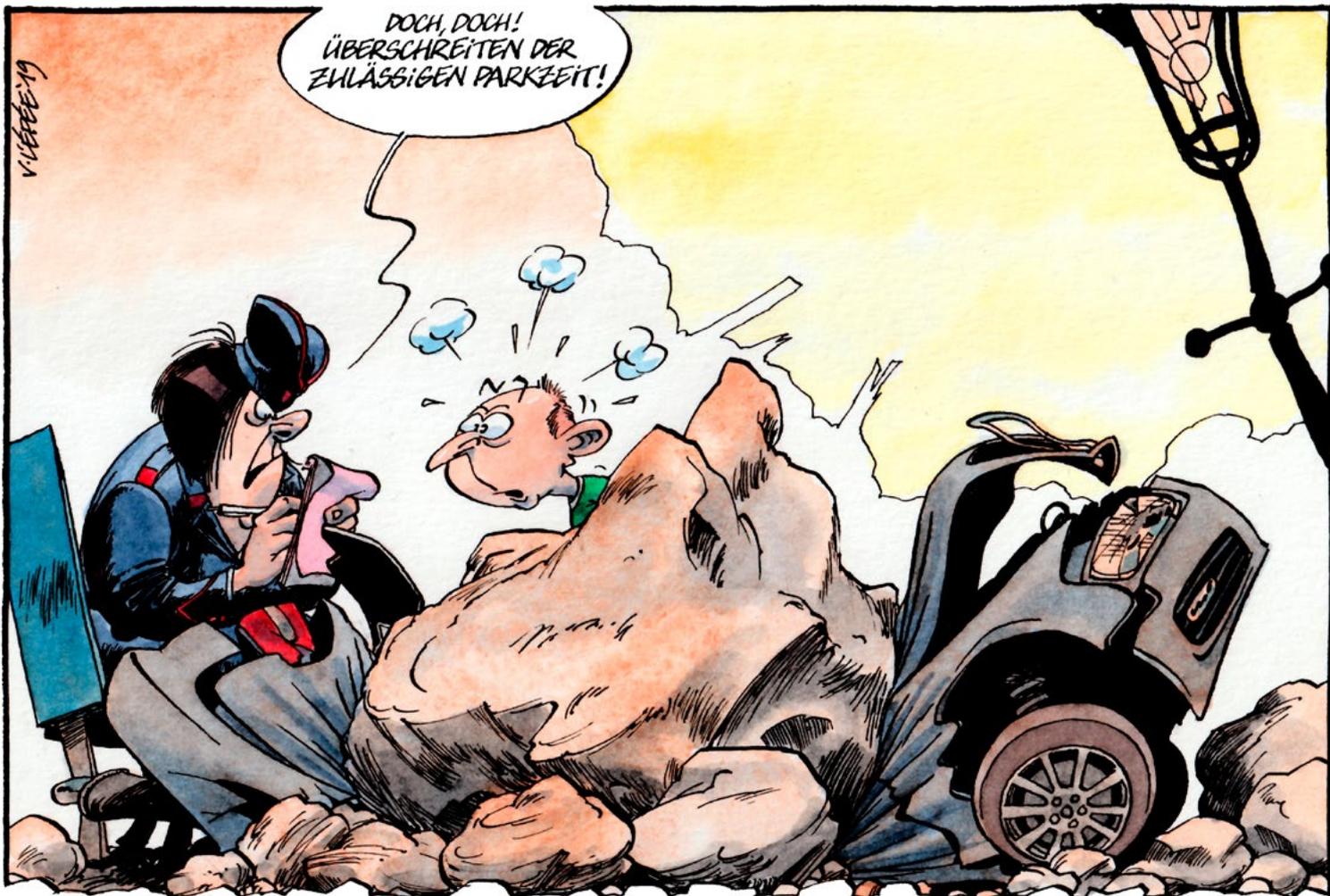
Nachdruck: Die in *Bevölkerungsschutz* veröffentlichten Beiträge und Bilder sind urheberrechtlich geschützt. Nachdrucke sind mit der Redaktion zu vereinbaren.

Auflagen: Deutsch 7200 Ex., Französisch 3100 Ex., Italienisch 800 Ex. Das BABS ist Herausgeber von *Bevölkerungsschutz*. Die Zeitschrift ist aber keine offizielle Publikation im engeren Sinn, sondern eine Plattform; die Beiträge geben somit nicht in jedem Fall den Standpunkt des BABS wieder.

Partnerorganisation Polizei

So sieht es V. L'Épée

Der Neuenburger Karikaturist Vincent L'Épée ist ständiger Mitarbeiter der Tageszeitungen «Arcinfo» und «Le Journal du Jura» sowie Mitglied der satirischen Wochenschrift «Vigousse» und der satirischen Applikation «La Torche 2.0 Neuchâtel». Er arbeitet zudem u.a. für «Courier international», «Prévoyance professionnelle», «Edito», «Que choisir» und unterrichtet bildende Kunst an der Sekundarschule von Neuenburg.



Ausblick
Nr. 34, November 2019

Dossier

Naturgefahren

Was meinen Sie?

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldungen
und Anregungen für kommende Ausgaben!

info@babs.admin.ch

Jetzt bestellen

Die Zeitschrift des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz
erscheint zwei- bis dreimal pro Jahr in Deutsch,
Französisch und Italienisch.

Gratishefte und -abonnements können bestellt werden
unter www.bevoelkerungsschutz.ch oder
info@babs.admin.ch.



«Die Kernaufgabe der Polizei, die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung, ist auch und gerade bei der Bewältigung von Katastrophen und Notlagen von zentraler Bedeutung.»

Benno Bühlmann, Direktor Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS)
Seite 3

«Ich bin davon überzeugt, dass die Frage nicht lautet, ob es einen Terroranschlag in der Schweiz geben kann, sondern wann und wo es ihn geben wird.»

Hans-Jürg Käser, alt Regierungsrat und Übungsleiter
Sicherheitsverbandsübung SVU 19
Seite 6

«Zur Zusammenarbeit kommt es ausschliesslich bei friedlichen Einsätzen.»

Philipp Suter, Dienstchef der Einsatzleitzentrale der Zuger Polizei
Seite 18